



UNTER NULL

Corona, Kultur
und Politik in Europa

Herausgegeben
von Martina Michels

Mit Fotos von KP Flügel



UNTER NULL

Corona, Kultur
und Politik in Europa

Herausgegeben
von Martina Michels

Mit Fotos von KP Flügel

Inhalt

Kultur und Corona

Eine Einführung von Martina Michels 4 – 7

Covid-crises and Culture in the European Parliament

Martina Michels talks to Alexis Georgoulis,
Member of the European Parliament from Greece (english version) 8 – 11

Covid-Krise und Kultur im Europaparlament

Martina Michels im Gespräch mit Alexis Georgoulis,
Europa-Abgeordneter aus Griechenland (deutsche Version) 12 – 15

Die Gespräche

Der Kulturvermittler, Autor und Fotograf KP Flügel zum Projekt 16 – 17

Wir sind gerade nicht existent

mit Julischka Eichel 18 – 21

Das reicht hinten und vorne nicht aus

mit Britta Jürgs 22 – 25

Hochwertige Kunst statt Schlafanzug

mit Christian Morin 26 – 29

Nichtleser ärgern mich

mit Jörg Sundermeier 30 – 33

Die Kreativen sollten selbst eine Partei gründen

mit Xaõ Seffcheque 34 – 37

Plötzlich war es entscheidend, wo eine Künstlerin oder ein Künstler lebte

Resümee der Gespräche von KP Flügel mit Olaf Zimmermann 38 – 39

Systemrelevanz neu denken

mit Veronika Mirschel 40 – 43

Rettungsmaßnahmen allein schaffen noch keine Perspektiven

mit Antonia Blau und Sina Lebert 44 – 49

Kreatives Arbeiten zwischen Mythos und Ausgrenzung

Ein Text von Konstanze Kriese 50 – 59

Impressum 60



Kultur und Corona ...

Warum wir jetzt darüber weiterreden?

Martina Michels



Mitglied
des Europaparlaments

Im Juli 2020 – wir hatten schon die ersten Erfahrungen, was eine Pandemie existenziell bedeutet – stellten Ministerinnen aus Deutschland im Europäischen Kulturausschuss ihre Pläne zur Deutschen Ratspräsidentschaft vor. Sie waren zugeschaltet und wiederholten das, was die Politik zu dieser Zeit überall tönte: Die Kultur hat es wirklich besonders getroffen, Spielstätten und Kinos sind geschlossen, Begegnungen in Klubs sind unmöglich und selbst die avanciertesten Festivals stellten gerade auf Online-Begegnungen um und ringen um ein Publikum, das imaginärer nicht sein konnte. Die kurze Entschleunigung hatte für viele aus der Kulturszene längst in brutale Existenzangst umgeschlagen. Sie wurden z. T. weder als Unternehmer anerkannt, die Wirtschaftshilfen benötigten, noch als Beschäftigte, die auf Kurzarbeitergeld oder andere Ausfallpauschalen hoffen konnten. Die künstlerischen Arbeitsprozesse waren jäh unterbrochen, wenn man nicht gerade einsam vorm

Schreibtisch saß und eventuell gegen den Strom der Lockdowns schwimmen konnte. Neben den Politiker*innen, die zur Kulturszene Auskunft gaben, waren damals auch Bildungs- und Jugendpolitiker*innen vertreten, die zwar nicht gerade behaupteten, dass sie nun wissen, dass sie die Digitalisierung verschlafen haben, doch der Kanon ihrer Konfliktbeschreibungen ließ diese Schlüsse dann für jeden ohnehin zu.

Eine Anhörung von Filmleuten, Veranstaltern, Künstlerorganisationen ergänzte diese erste Aussprache im Europaparlament, in der die Lage durch und nach Corona in der Kulturszene europäisch zusammengetragen wurde. Und auch wenn die Kulturpolitik in der Hoheit der Mitgliedstaaten war und ist, zeigte sich immer mehr, dass der unterbrochene europäische Kulturaustausch ein Bündel an Problemlagen offenbarte, die auch auf politischer Ebene gelöst werden sollten. Dabei geht es nicht nur um die Beendigung der Unterfinanzierung des kleinen Kultur- und Medien-Programms Creative Europe, das endlich im zweiten Halbjahr 2020 dann zusammengeschnürt wurde, sogar mit einem minimalen Aufwuchs. Es ging allein pandemiebedingt um Fragen der sozialen Existenzsicherung von Künstlerinnen und Künstlern, also einer Europäischen Arbeitslosenversicherung, die diese Berufsgruppen, die oft Soloselbstständige sind, nicht ausschließt oder anerkennt, dass sie Unternehmer*innen sind und einen Unternehmer(er-satz)lohn in unklaren Zeiten brauchen. Einige Mitgliedsländer, zum Beispiel das gerade aus der EU scheidende Vereinigte Königreich, legten solche Modelle vor, auch Österreich hatte ein vergleichbares Programm während Corona aufgelegt, um Künstler*innen pauschal mit einem

Ersatzlohn-Einkommen zu sichern. Andere Länder sicherten ausschließlich Infrastruktur, ließen die Kulturmenschen jedoch im Prinzip im Regen stehen und verwiesen sie auf reguläre Grundversicherungen in den staatlichen Sozialsystemen, die die Künstler*innen jedoch außerhalb ihrer Berufsankennung z. B. mindestens um ihre Rentenersparnisse brachte.

Und auch wenn die Kulturpolitik in der Hoheit der Mitgliedstaaten war und ist, zeigte sich immer mehr, dass der unterbrochene europäische Kulturaustausch ein Bündel an Problemlagen offenbarte, die auch auf politischer Ebene gelöst werden sollten.

Wir haben uns entschieden, diese Kunst-Corona-Zeiten ganz subjektiv Revue passieren zu lassen, und Probleme aufzulisten, indem wir den Radiomacher, Kulturvermittler und Autoren KP Flügel aus Hamburg baten, für uns seine begonnenen Interviews zur Lage der Kulturproduzenten, zu den neuen Aufgabenstellungen der Gewerkschafter*innen von ver.di, zur Position des Deutschen Kulturrates und zur Sichtweise vieler sehr unterschiedlicher Kunstprojekte während der Pandemie, die er regelmäßig in seiner eigenen Radiosendung interviewte, zu aktualisieren. Er befragte einen Teil der im Frühjahr 2020 Interviewten Monate später noch einmal nach ih-

ren Erfahrungen während und mit der Pandemie. Dieses Kaleidoskop interessanter Überlegungen, unbeantworteter Fragen und offener politischer Lösungen bildet den Hauptteil dieser Publikation. Ungefiltert und ohne Kommentierung.

Diese Interviews korrespondieren in dieser Broschüre mit einem Gespräch, das ich mit meinem Fraktionskollegen, dem Schauspieler und Europaabgeordneten Alexis Georgoulis geführt habe und einem Text meiner Mitarbeiterin Konstanze Kriese, die hinter den kulturpolitischen Problemstau schaute und zusammentrug, woran die schönen kulturpolitischen Sonntagsreden wohl liegen könnten.

Für mich ist die Veröffentlichung dieser Publikation Auftrag und Chance, die Sicherung der Arbeit von Kulturproduzenten in der politischen Debatte zu halten, die konkreten politischen Schritte, die vor allem auch in den Mitgliedstaaten und den Regionen und Kommunen gegangen werden müssen, mit meinen Kolleginnen und Kollegen, wie zum Beispiel Klaus Lederer, Kultursenator in Berlin, oder Simone Barrientos, die als Bundestagsabgeordnete auf Kulturpolitik fokussiert war, fortzusetzen und vor allem das Zuhören und den Kontakt zu den Kulturproduzenten produktiv zu gestalten.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die sich hier beteiligt haben, und gehe davon aus, dass wir uns in öffentlichen Gesprächsrunden, bei Anhörungen wiedersehen und gemeinsam Druck ausüben für eine starke Kultur im Alltag.

Brüssel / Berlin, im November 2021
Martina Michels





**Covid-crises and Culture
in the European Parliament**

Martina Michels talks to Alexis Georgoulis, Member of the European Parliament from Greece, in October 2021

Alexis Georgoulis is an actor, director and a member of the European Parliament since 2019, with the European Left. He is a member of the CULT Committee and the PETI Committee.

He also participates at the Special Committee on Beating Cancer (BECA) and at the Disability Intergroup of the European Parliament.

His main concern as a MEP is to support European culture and cultural creators across Europe, therefore is a founding member of Cultural Creators Friendship Group.

You yourself are an actor and cultural producer and since 2019 also a member of the European Parliament. At the beginning of October 2021, the Committee on Culture drew up a report on the situation of artists and you were actively involved in it. What are the focal points of the report that are particularly close to your heart? So where do we need to be louder and more concrete in the future?

Evidently, I was very interested in this report which will lead to a Resolution discussed in the Plenary on the 18th of October. That is why as Shadow Rapporteur I submitted 63 amendments to improve it. This report acknowledges the precariousness of artists even before Covid-19 pandemic, due to the non-standard nature of their working conditions, status and income, and to artists' propensity for cross border mobility which faces several obstacles, including multiple artists' definitions and frameworks that coexist in EE. Therefore, it proposes to elaborate a European framework for working conditions, social security and health care in cultural and creative sectors and industries, regardless of the artists' employment status, so as to establish minimum standards and address structural fragilities and inequities. It also urges the Member States to financially support Creative and Cultural sectors and at the same time to defend and respect artistic freedom associated to the fundamental right to freedom of expression. All the above are very important. What is missing in my opinion are the following: a) The common European framework should specify measures to ensure gender equality, with more women in decision-making positions. b) It ought to include a common European code of conduct that safeguards the safety of artists and cultural workers both in cultural production and in education, against any form of harassment, abuse and abuse of power in general. c) It must set a solid basis for the formulation of policies related to culture by establishing the prerequisite systematic mapping of the Cultural and Creative sectors with up-to-date data. d) It should refer to the benefits of art education and the need to increase the presence of art classes in schools and, thus, also expand employment opportunities for artistes.



In the midst of the first Corona year (2020), the European Parliament also adopted a resolution on the situation of the culture and events sector, which called for at least 2% to be made available from Recovery and Resilience Facility funds for the recovery of culture. This is still low when compared to the 4 – 5% contribution of the cultural sector to the EU's GDP. Do you have the impression that this demand has reached the member states?

There is no doubt that the European Parliament's proposal to offer to Creative and Culture Sectors at least 2% of Recovery and Resilience Facility funds has reached the governments of the Member States. In fact, not only have they received the EP Resolution, but, in addition, following my initiative many members of the European Parliament signed twice supplementary letters addressed to the Commission and to both the Ministers of Culture and of Finance underlining the need to implement this proposal. However, as we have no clear image of what percentage did the National Recovery and Resilience Plans provided to Creative and Cultural Sectors, I have recently submitted a written question with a request for a written answer to the Commission in order to learn what has finally happened regarding this critical issue.

In the middle of the pandemic, you organized a conference on festivals and their importance for cultural exchange, for regional development, for debates on our coexistence and for securing public spaces for culture, in the Parliament. What were the consequences of this exchange, now that we can perhaps dare more encounters again than in the last 1.5 years?

Festivals suffered greatly from the measures we

were forced to take during the pandemic. So, primarily, this event was organized to discuss solutions for restarting festivals, which make a significant contribution to local economies by supporting not only cultural life but also tourism. Several ways were presented that ensure hygienic conditions at the festivals in order that they function without problem.

Moreover, what the conference contributed was the opportunity of dialogue among participants with a common interest, culture, but different roles (representatives of the Commission, the European Parliament, Cultural Associations etc.). The debate between them always helps to exchange ideas, to find what consists a common ground and to elaborate common approaches.

They all agreed that festivals represent good practices in implementing European cultural policy, since it is a space where new ideas can flourish. Festivals create communities where artists, scientists and the general public participate, thus, where a fruitful exchange of ideas can occur. Finally, as Themis Christophidou, Commission's Director-General for Education, Youth, Sport and Culture, highlighted at the conference, the festivals can also become a place of discussion about how we dream of our cities, so they are linked to the vision for the aesthetic urban environment the New European Bauhaus Initiative aims to promote.



https://www.europarl.europa.eu/meps/en/197819/ALEXIS_GEORGOU LIS/home

Mit Alexis Georgoulis, Europa-Abgeordneter aus Griechenland, spricht Martina Michels im Oktober 2021

Alexis Georgoulis ist Schauspieler, Regisseur und seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments bei der Europäischen Linken. Er ist Mitglied des CULT-Ausschusses und des PETI-Ausschusses. Er ist außerdem Mitglied des Sonderausschusses zur Krebsbekämpfung (BECA) und der interfraktionellen Arbeitsgruppe für Menschen mit Behinderungen des Europäischen Parlaments. Sein Hauptanliegen als Europaabgeordneter ist es, europäische Kultur und Kulturschaffende in ganz Europa zu unterstützen, daher ist er Gründungsmitglied der Cultural Creators Friendship Group.

Sie sind selbst Schauspieler und Kulturproduzent und seit 2019 auch Mitglied des Europäischen Parlaments. Anfang Oktober 2021 hat der Kulturausschuss einen Bericht zur Situation der Künstlerinnen und Künstler verfasst und Sie haben sich aktiv daran beteiligt. Welche Schwerpunkte des Berichts liegen Ihnen besonders am Herzen? Wo müssen wir also in Zukunft lauter und konkreter sein?

Es war nicht zu übersehen, dass ich mit großem Interesse an diesem Bericht gearbeitet habe, der nun am 18. Oktober (2021) im Plenum diskutiert wird. Deshalb habe ich als Schattenberichterstatter 63 Änderungsanträge eingereicht, um ihn zu verbessern.

Dieser Bericht erkennt an, dass Künstler bereits vor der Covid-19-Pandemie prekär tätig waren, da ihre Arbeitsbedingungen, ihr Status und ihr Einkommen nicht standardisiert sind, und dass Künstler zu grenzüberschreitender Mobilität neigen, die mit mehreren Hindernissen konfrontiert ist, weil es einfach mehrere Definitionen von Künstlern und deren Infrastrukturen gibt, die alle in Europa koexistieren. Daher schlägt der Bericht vor, einen europäischen Rahmen für Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und die Gesundheitsversorgung in Kultur- und Kreativsektoren und -industrien unabhängig vom Beschäftigungsstatus der Künstler zu erarbeiten, um Mindeststandards festzulegen und strukturelle Schwächen und Ungleichheiten anzugehen.

Im Bericht werden die Mitgliedstaaten außerdem nachdrücklich aufgefordert, den Kreativ- und Kultursektor finanziell zu unterstützen und gleichzeitig die mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verbundene künstlerische Freiheit zu verteidigen und zu respektieren. All dies bisher Genannte ist sehr wichtig. Was meiner Meinung nach fehlt: a) Der gemeinsame europäische Rahmen sollte Maßnahmen zur Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung für mehr Frauen in Entscheidungspositionen vorgeben. b) Er sollte einen gemeinsamen europäischen Verhaltenskodex enthalten, der die Sicherheit von Künstler*innen und Kulturschaffenden sowohl in der Kulturproduktion als auch in der Bildung vor jeglicher Form von Belästi-



Covid-Krise und Kultur im Europaparlament



gung, Missbrauch und Machtmissbrauch im Allgemeinen schützt. c) Der Rahmen muss eine solide Grundlage für die Formulierung kulturbezogener Politiken schaffen, indem er die Voraussetzung für eine systematische Abbildung des Kultur- und Kreativsektors mit aktuellen Daten schafft. d) Er sollte auf die Vorteile der Kunsterziehung und die Notwendigkeit hinweisen, also auch die Präsenz des Kunstunterrichts in den Schulen vergrößern und damit auch die Beschäftigungsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler erweitern.

Mitten im ersten Corona-Jahr (2020) hat das Europäische Parlament auch eine Entschließung zur Lage des Kultur- und Veranstaltungsektors angenommen, in der gefordert wird, dass mindestens 2% aus Mitteln der Wiederaufbau- und Resilienzfazilität für die Wiederherstellung der Kultur genutzt werden. Dies ist immer noch gering, wenn man den Beitrag des Kultursektors von 4 bis 5% zum BIP der EU vergleicht. Haben Sie den Eindruck, dass diese Forderung die Mitgliedstaaten erreicht hat?

Es besteht kein Zweifel, dass der Vorschlag des Europäischen Parlaments, dem Kreativ- und Kultursektor mindestens 2% der Mittel aus der Wiederaufbau- und Resilienzfazilität bereitzustellen, die Regierungen der Mitgliedstaaten erreicht hat. Tatsächlich haben sie nicht nur die Entschließung des Europäischen Parlaments erhalten, sondern auf meine Initiative hin haben viele Mitglieder des Europäischen Parlaments außerdem zwei zusätzliche Schreiben an die Kommission und an die Minister für Kultur und Finanzen unterzeichnet, in denen sie die Notwendigkeit der Umsetzung des Vorschlags unterstreichen. Da wir jedoch bis heute kein klares

Bild davon haben, wie viel Prozent die nationalen Pläne zur Wiederherstellung und Resilienz dem Kreativ- und Kultursektor bereitgestellt wurden, habe ich vor kurzem eine schriftliche Anfrage mit der Bitte um schriftliche Antwort an die Kommission gestellt, um zu erfahren, was letztendlich passiert ist bei diesem heiklen Punkt.

Sie haben mitten in der Pandemie im Parlament eine Konferenz zu Festivals und ihrer Bedeutung für den Kulturaustausch, für die Regionalentwicklung, für Debatten über unser Zusammenleben und die Sicherung des öffentlichen Raums für Kultur organisiert. Was waren die Folgen dieses Austauschs, jetzt wo wir vielleicht wieder mehr Begegnungen wagen können als in den letzten 1,5 Jahren?

Die Festivals haben stark unter den Maßnahmen gelitten, die wir während der Pandemie ergreifen mussten. Diese Veranstaltung wurde also in erster Linie organisiert, um Lösungen für den Neustart von Festivals zu diskutieren, die einen erheblichen Beitrag zur lokalen Wirtschaft leisten, indem sie nicht nur das kulturelle Leben, sondern auch den Tourismus unterstützen. Es wurden mehrere Möglichkeiten vorgestellt, die hygienische Bedingungen auf den Festivals gewährleisten, damit sie problemlos funktionieren.

Darüber hinaus bot die Konferenz die Möglichkeit zum Dialog zwischen Teilnehmern mit einem gemeinsamen Interesse, einer gemeinsamen Kultur, aber unterschiedlichen Rollen (Vertreter der Kommission, des Europäischen Parlaments, Kulturverbände usw.).

Die Auseinandersetzung zwischen ihnen hilft immer, sich auszutauschen, Gemeinsamkeiten

zu finden und gemeinsame Ansätze zu erarbeiten. Sie waren sich alle einig, dass Festivals bewährte Praktiken bei der Umsetzung der europäischen Kulturpolitik darstellen, da sie ein Raum sind, in dem neue Ideen gedeihen können. Festivals schaffen Gemeinschaften, an denen Künstler, Wissenschaftler und die breite Öffentlichkeit teilhaben und somit ein fruchtbarer

Im Bericht werden die Mitgliedstaaten außerdem nachdrücklich aufgefordert, den Kreativ- und Kultursektor finanziell zu unterstützen und gleichzeitig die mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verbundene künstlerische Freiheit zu verteidigen und zu respektieren.

Gedankenaustausch stattfinden kann. Schließlich, wie Themis Christophidou, Generaldirektorin der Kommission für Bildung, Jugend, Sport und Kultur, auf der Konferenz betonte, können die Festivals auch zu einem Ort der Diskussion darüber werden, wie wir von unseren Städten träumen, sodass sie auch die Vision für ein ästhetisches urbanes Umfeld fördern können, wie es die New European Bauhaus Initiative unterstützen soll.

https://www.europarl.europa.eu/meps/en/197819/ALEXIS_GEORGIOULIS/home



Die Gespräche

KP Flügel



Seit den 80er-Jahren beschäftigt er sich journalistisch mit ehemals alternativen Kulturansätzen, die heute als kulturell etabliert erscheinen: von Punk, No- und New Wave über Situationismus bis Street Art. Zuerst für die Göttinger Stadtilustrierte HIERO ITZO, die taz und die NDR-Sendung Pop Fit – heute mit der neopostdadasurrealpunkshow für Radio FSK Hamburg. Er ist Mitherausgeber der Bücher „BOMB IT, MISS.TIC! Mit der Graffiti-Künstlerin in Paris“, Edition Nautilus, und „Free OZ! Streetart zwischen Revolte, Repression und Kommerz“, Verlag Assoziation A. Im Dezember 2021 erscheint das Buch „Eine Stadt wird bunt“, Verlag Double-H, zur Geschichte der Graffiti-Szene in Hamburg. Außerdem arbeitet er im PR- und Marketing-Bereich u. a. für kulturelle Events.

Von März 2020 bis August 2021 führte der Hamburger Kulturvermittler, Autor und Fotograf KP Flügel viele Gespräche mit Künstlerinnen und Künstlern, Gewerkschafterinnen, Kulturverbandschefs, Musikern, Autoren, Festivalleitern und Kulturpolitiker*innen zur

Situation der Kulturproduzenten, die durch die Corona-Krise entstanden war. Der Lockdown bescherte vielen ein jähes Ende von Auftrittsmöglichkeiten und trieb sie in existenzielle Nöte. Anders überraschte die Corona-Pandemie z. B. die Verlagsbranche. Das einsame Schreiben fand nun inmitten einer entschleunigten Welt statt, die zugleich viele Fragen schärfte, die uns alle umtreiben und die vielleicht auch künstlerische Ausdrucksformen berühren.

Nachdem KP Flügel in einer Interview-Serie in seiner neopostdadasurrealpunkshow für Radio FSK Hamburg begonnen hatte, Kultur in Zeiten von Corona mittels der Interviews von vielen Seiten zu beleuchten, entstanden auch Überlegungen, über den deutschen Tellerrand hinauszuschauen und zu fragen, was die Nachbarn in dieser Situation taten und ob die EU mit ihren riesigen Rettungsfonds auch die Kulturbranche im Blick hatte.

Deshalb hat Martina Michels KP Flügel beauftragt, die Gespräche 2021 zu erweitern oder die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, die von März bis Juni 2020 zu Wort kamen, erneut zu befragen, welche Erfahrungen sie nach vielen Monaten Pandemie, mehreren Lockdowns und diversen Unterstützungsprogrammen nun festhalten wollen. In diesem Band ist hier nun eine Auswahl der Gespräche dokumentiert, sofern wörtlich zitiert wird, von den Interviewten autorisiert. Wir gehen davon aus, dass mit dieser Sammlung vieler subjektiver Perspektiven eine gute Grundlage geschaffen wurde, um weiter im Gespräch zu bleiben und vor allem auch die offenen politischen Fragen voranzutreiben.

Wir verdanken KP Flügel auch die Fotoserie „Form – Struktur – Perspektive“ in dieser Publikation.

A black and white photograph of a brick wall. In the foreground, there are several thick, dark cables and three white pipes protruding from a structure on the left. The cables curve across the frame towards the right. The brick wall is made of rectangular bricks and has a horizontal metal strip near the top. The lighting creates shadows on the wall, suggesting a bright light source from the upper left.

Wir sind gerade nicht existent

Gespräch am 16. März 2021

Julischka Eichel



1981 in Tübingen geboren, studierte sie Schauspiel an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Berlin und war Mitglied im Ensemble des Schauspiels Stuttgart, von 2007 bis 2012 im Ensemble des Maxim Gorki Theaters Berlin. 2007 wurde sie mit „Krankheit der Jugend“ von Ferdinand Bruckner (Regie: Tilmann Köhler) zum Theatertreffen eingeladen. Für ihre Darstellung der Lucy wurde sie 2007 als beste Nachwuchsdarstellerin mit dem Alfred-Kerr-Darstellerpreis ausgezeichnet. 2011 erhielt sie den Theaterpreis der Freunde des Maxim Gorki Theaters. Sie gastierte u. a. am Deutschen Schauspielhaus Hamburg, am Staatsschauspiel Dresden, am Theater Bremen, am Schauspiel Leipzig, am Theater Basel und an der Volksbühne Berlin, wo sie u. a. mit Armin Petras, René Pollesch, Nora Schlocker, Robert Borgmann, Sebastian Baumgarten, Jorinde Dröse und Kay Voges arbeitete. Neben ihrer Theaterarbeit ist sie in zahlreichen Kino- und Fernsehproduktionen zu sehen. Am Düsseldorfer Schauspielhaus ist sie in der Spielzeit 20/21 in der Koproduktion mit der Volksbühne Berlin „come as you are (jokastematerial oder der kapitalismus wird nicht siegen)“ von Fritz Kater in der Regie von Armin Petras zu sehen.

Julischka Eichel machte mit einem offenen Brief an Kulturstaatsministerin Monika Grütters, erschienen auf dem Online-Portal nachtkritik.de, aufmerksam auf ihre existenziell-ungesicherte Situation in der Pandemie. Zuerst wollte ich natürlich wissen, was sie bewegen hatte, diesen offenen Brief zu schreiben.

Um die Weihnachtszeit 2020 wusste sie nicht, woher das zum Leben notwendige Geld kommen sollte. Denn die Bedingungen, um die November- und Dezember-Hilfen zu erhalten und die verschiedenen Neustart-Programme trafen auf sie als freischaffende Schauspielerin nicht zu.

„Da saß ich da und fand das ziemlich ungerecht und unfair“, und sie habe gedacht, dass die politischen Entscheidungsträger die Komplexität ihrer Lage als freischaffende Schauspielerin nicht kennen würden. Zugleich informierte sie das Ensemble-Netzwerk, ein Selbsthilfe-Zusammenschluss. Seitens des Netzwerks sei ihr zur Veröffentlichung des Briefes geraten worden. Innerhalb von einem halben Tag wurde dieser online gestellt. Dann habe „es ganz schön geknallt“.

Persönlich habe Monika Grütters nicht reagiert. Stattdessen habe ein Assistent geantwortet, die Problematik sei als kompliziert bekannt. Zum damaligen Zeitpunkt, wir schrieben inzwischen den 4. Januar 2021, war das Problem der sogenannten Freien noch nicht geregelt.

„Wir arbeiten wie Selbstständige, aber wir sind gesetzlich gesehen nicht selbstständig. Wir haben dieses Wahlrecht nicht auf Selbstständigkeit im Sinne der Gesetzesvorschriften. Ich darf keine Rechnungen schreiben, weil im Gesetz steht, ein Schauspieler ist weisungsgebunden.“ Dabei empfinde sie sich in der Arbeit nicht als weisungsge-

bunden, kommentierte sie, weder beim Drehen noch beim Theaterspielen.

„Ich arbeite mittlerweile in Arbeitszusammenhängen, die sich ebenbürtig gestalten, deswegen habe ich mich ja auch fürs frei sein entschieden.“ Die Definition der Weisungsgebundenheit mache freie Schauspieler zu Arbeitnehmern.

Wir machen das alle
umsonst und ehrenamtlich ...
Schön wäre es,
wenn sich die Frage
der existenziellen Sicherheit
etwas konkretisieren würde,
wenn man nicht dauernd
den individuellen Kampf
mit dem Jobcenter
oder mit anderen Institutionen
führen müsste.

„Wir müssen immer dann, wenn wir arbeiten, sozialversicherungsrechtlich angestellt sein. Und das ist oft auch sehr gut, weil wir dadurch versichert sind und Rentenbeiträge zahlen und einen bestimmten Schutz haben. Aber das greift nicht für alle Freien.“

Daher hätten Unterstützungsregelungen bei ihnen nie gegriffen. Diese Schieflage gebe es schon länger, sie sei auch bekannt.

„Auch dass unsere Tarifverträge so mies sind, die es überhaupt erlauben, dass wir, sobald es brenzlich wird, gekündigt werden können. Weil es Begriffe wie höhere Gewalt gibt, haben wir keinen

Anspruch auf Schadensersatz. Die Theater versuchen gerade, auf Gast-Schauspielerinnen und Schauspieler zu verzichten, um zu sparen.“

In den neuen Verträgen stünde, „wenn Behörden beschließen, das Theater wieder dichtzumachen, hätten wir auch keinen Schadensersatzanspruch“. Freie Schauspielerinnen und Schauspieler seien auf eine wohlwollende Haltung der Intendanz angewiesen, lautete ihr Fazit.

In dem besagten Antwortschreiben aus dem Büro der Kulturstaatsministerin Grütters wurde immerhin der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass Schauspielerinnen wie Julischka Eichel nicht den Kopf in den Sand steckten und weitermachten, auch wenn es schwierig und eine Lösung noch nicht gefunden sei. Im März kam im Zuge der Überbrückungshilfe III in Deutschland mit der Neustarthilfe Kultur eine Regelung zustande für den Zeitraum Januar bis Juni 2021, in der „explizit steht, dass wir die beantragen können. Das ist erst einmal etwas ganz Tolles.“

Aber natürlich gebe es Schwierigkeiten, abgesehen von den letzten zehn Monaten, die damit immer noch nicht abgedeckt sind. „Denn wenn man Arbeitslosengeld bekommen hat, selbst nur für zwei Tage im Januar, kann man diese Neustarthilfe auch nicht beantragen.“

Kolleginnen und Kollegen hätten ihr berichtet, dass die Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Agentur für Arbeit zumeist unangenehm seien. Als wären sie darin geschult, unfreundlich oder nicht hilfsbereit zu sein. Das vereinfachte Corona-Hartz IV sei auch nicht so einfach zu bekommen wie oftmals behauptet. Partnerschaften müssten angegeben werden. „Wenn man einen Drehtag habe, müsse sofort

entschieden werden, ob man für diesen einen Drehtag das Geld behalten wolle. Oder man müsste die Gage komplett abgeben, um Hartz IV weiter beziehen zu können.“

Dazu kommt der Aspekt, dass sich Julischka Eichel nicht wirklich arbeitslos fühlt. Die Theater sind geschlossen wegen der Pandemie, weil die Leute geschützt werden müssen. Aber sie fühle sich nicht als arbeitslos, da sie ihren Job nicht verloren habe. „Ich bin nicht arbeitslos, weil man mich nicht will, weil ich nicht gut in meinem Job bin, weil ich keine Arbeit habe, sondern weil unsere Theater, unser Arbeitsbereich, vom Staat geschlossen ist. Ich glaube, wir sind gerade nicht existent.“

Deshalb wollte ich wissen, ob sie sich von ihrer Gewerkschaft vertreten fühle. „Die Menschen, die wirklich mit konkreter Hilfe und Informationen geholfen haben, waren vom Ensemble-Netzwerk und nicht von der GDBA.“

Zwischenzeitlich wurde das Ensemble-Netzwerk-Vorstandsmitglied Lisa Jopt zur neuen GDBA-Präsidentin gewählt, sodass Julischka Eichel künftig ein entschlosseneres Agieren der Gewerkschaft erwartet. Am meisten passiert sei tatsächlich durch Eigeninitiative und durch das Ensemble-Netzwerk.

„Wir machen das alle umsonst und ehrenamtlich und die sind so auf Zack und sind so gute Ansprechpartner. Das ist schon echt der Wahnsinn. Das sind eben Schauspieler, die anderen Schauspielern helfen. Schön wäre es, wenn sich die Frage der existenziellen Sicherheit etwas konkretisieren würde, wenn man nicht dauernd den individuellen Kampf mit dem Jobcenter oder mit anderen Institutionen führen müsste.“



Das reicht hinten und vorne nicht aus

Gespräche am 9. April 2020
und 9. Februar 2021

Britta Jürgs



Geboren in Frankfurt am Main, studierte sie Germanistik, Romanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt am Main, Paris und Berlin und lebt seit 1988 in Berlin. 1997 gründete sie den AvivA Verlag mit einem Schwerpunkt auf jüdische Autorinnen der 1920er- und 1930er-Jahre und Porträts und Biografien außergewöhnlicher Frauen. Sie ist Redakteurin und Herausgeberin der Virginia Frauenbuchkritik und „BücherFrau des Jahres 2011“. Von 2015 bis 2021 war sie Vorsitzende der Kurt Wolff Stiftung zur Förderung einer vielfältigen Verlags- und Literaturszene.

Britta Jürgs ist Verlegerin des AvivA Verlags und war bis Mai 2021 sechs Jahre lang ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende der Kurt Wolff Stiftung, die eine vielfältige Verlags- und Literaturszene fördern möchte. „Wir verstehen uns als Interessensvertretung unabhängiger Verlage und versammeln in unserem Freundeskreis über 100 unabhängige Kulturverlage. Höhepunkt der Stiftungsaktivitäten ist die Verleihung des Kurt Wolff Preises im Rahmen der Leipziger Buchmes-

se.“ Preisträger 2020 war der Arco Verlag aus Wuppertal und mit dem Förderpreis wurde der Verlag Hentrich & Hentrich aus Leipzig ausgezeichnet – coronabedingt erstmals ohne Preisverleihung.

Am 9. April 2020, ganz kurz nach dem ersten Lockdown, fand das erste Gespräch statt.

„Die Situation des unabhängigen Literaturbetriebs ist nie einfach gewesen“, erläuterte Britta Jürgs damals. „In den letzten Jahren kamen aber noch verstärkt Elemente dazu, die die Existenz gerade der unabhängigen Verlage weiter erschweren. Beispielsweise wurden 250.000 Titel aus dem Sortiments-Katalog von Libri, einem unserer großen Grossisten, entfernt. Viele ältere, aber bei den Verlagen lieferbare Bücher fielen somit aus den Webshops von Buchhandlungen heraus und wurden dadurch unsichtbar. Außerdem mussten wir eine 60-prozentige Portoerhöhung für Bücher-sendungen verkraften.“

Mit dem Lockdown sei die Situation natürlich nochmals schwieriger geworden. Die Buchproduktion ging zwar weiter, aber die bisherigen Vermarktungswege waren versperrt: keine Buchpräsentationen, keine Büchermärkte oder Buchmessen – weder die lit.Cologne noch die Frankfurter Buchmesse. Britta Jürgs vermutete damals, dass die virtuellen Präsentationen keine ökonomisch-existenzielle, befriedigende Perspektive sein können.

„Wir haben eine Umfrage unter den Verlagen gemacht, die zum Freundeskreis der Kurt Wolff Stiftung gehören, um herauszufinden, wie es aktuell bei ihnen aussieht. Natürlich sind die massiven Auswirkungen noch nicht zu spüren. Aber alle gehen von Umsatzeinbußen von 65 bis 80 Prozent aus.“ Und für die Autorinnen und Autoren sei es noch

viel härter. „Denn sie leben in den meisten Fällen vor allem von ihren Lesungen und von den Honoraren, die sie für Veranstaltungen bekommen. Es gibt zwar immer noch Literaturhäuser und einige andere Veranstalter, die Online-Lesungen machen, die nach wie vor vergütet werden, doch sind das die Ausnahmen. Die meisten Veranstaltungen wurden entweder erst einmal verschoben oder fielen einfach aus.“

Hier ein Filmchen
und da ein Podcast ...
Aber inzwischen ist eine gewisse
Lähmung eingetreten.

Zum Stichwort Soforthilfen fragte ich damals nach: Hältst du diese bisherigen angedachten Maßnahmen für ausreichend oder ist das wirklich nur ein ganz kleiner Tropfen auf den, man kann ja nicht sagen heißen, sondern auf den irgendwie doch kalten Stein?

„Es ist toll, dass es sie gibt. Aus Berlin haben sehr viele Kolleginnen und Kollegen bestätigt, dass sie das beantragte Geld schnell und vergleichsweise unbürokratisch auf dem Konto hatten. Auch aus anderen Bundesländern hört man das, allerdings keineswegs aus allen. Aber alle sind sich darin einig, dass das hinten und vorne nicht ausreicht.“

Ein zweites Gespräch fand im Februar 2021 statt.

Alle hatten beinahe ein Jahr die Erfahrungen mit der Pandemie und deren Folgen hinter sich. In dieser von Sorgen geprägten Zeit gab es für Britta Jürgs einen Lichtblick. Ihr AvivA Verlag wurde

im November 2020 mit dem Großen Berliner Verlagspreis 2020 ausgezeichnet. Für sie bedeutete dies „eine ganz tolle Anerkennung meiner Arbeit und Ansporn, mein auf wiederentdeckte Autorinnen und außergewöhnliche Frauen fokussiertes Programm fortzusetzen.“

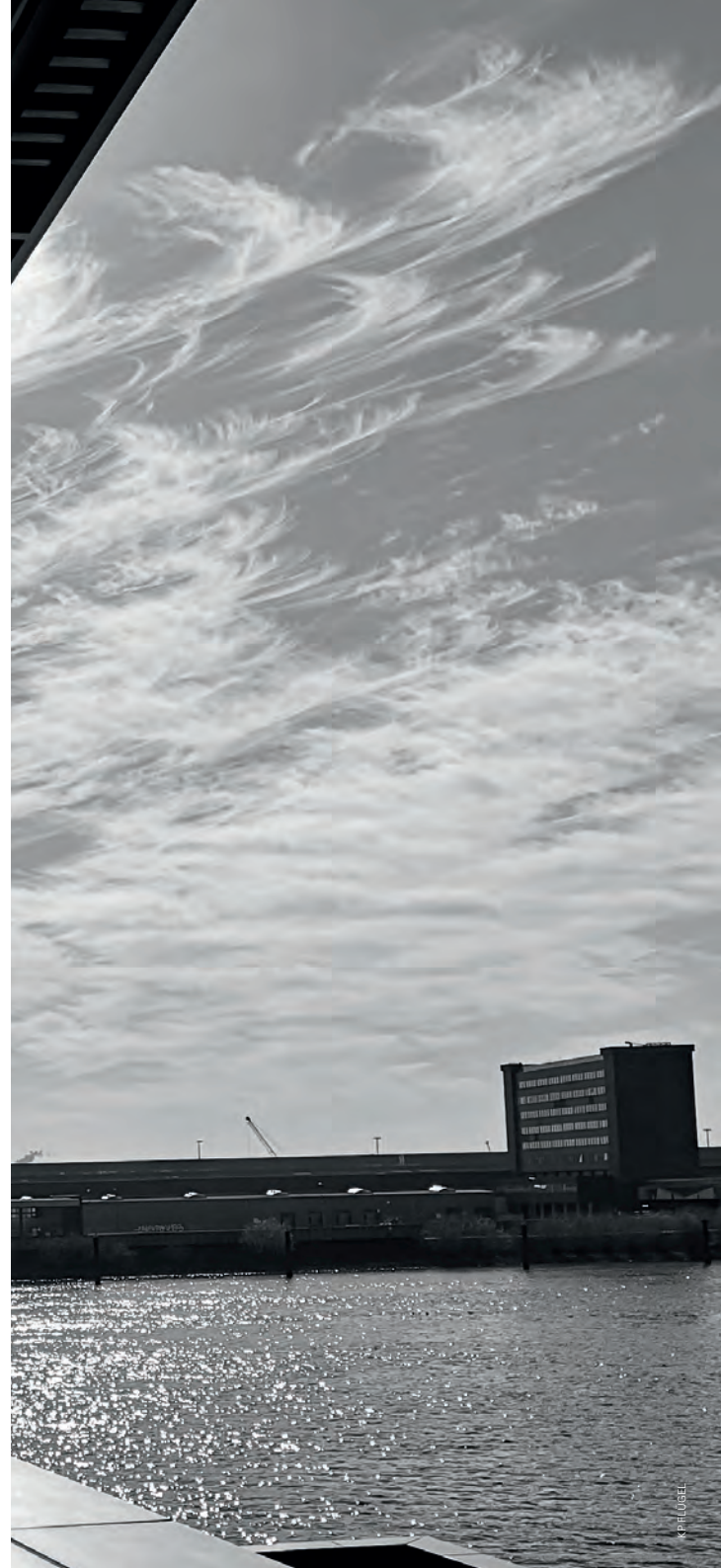
Der Verlag erzielte im vergangenen Jahr mit einigen Büchern eine erhöhte Aufmerksamkeit, darunter Alma M. Karlins Reisebuch „Einsame Weltreise“ und Margaret Goldsmiths Roman „Patience geht vorüber“, beides Wiederentdeckungen aus den 1920er-Jahren. Diese Publikumslieblinge sowie das stattliche Preisgeld von 35.000 Euro erlauben Britta Jürgs, etwas entspannter durch diese prekären Zeiten zu steuern.

Zum Literaturbetrieb gehören natürlich auch die Buchhandlungen und ihr Kontakt zu Leser*innen. „Während der Lockdowns war es schwieriger, Leser*innen mit Büchern zu versorgen. Bis auf Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt waren die Buchläden überall, zumindest für den Publikumsverkehr, geschlossen“, erinnerte Britta Jürgs. Es bestand auch eine große Verunsicherung, die die Verlegerin folgendermaßen beschrieb: „Wer interessiert sich denn zurzeit dafür, was wir alles so an Buchveröffentlichungen planen? Zumal auch viele Buchhandlungen selbst noch um ihr Überleben kämpfen und im Moment zurückhaltender sind. All das macht die Situation noch viel kritischer als im Jahr davor, wo vieles letzten Endes doch noch glimpflich ablief.“ Schön sei es allerdings, dass man einen Lese-Aufschwung feststellen konnte, der sich nicht nur auf Bestseller beziehe, sondern auch auf Titel aus unabhängigen Verlagen. Als die Buchläden geschlossen waren, wandten sich die Leser*innen häufig direkt an die Verlage. „Gekauft wurden

nicht nur Neuerscheinungen, sondern auch ältere Bücher und querbeet durch das Verlagsprogramm“, berichtete die Verlegerin über ihre Erfahrung und die ihrer Kollegen und Kolleginnen.

Um Leserinnen und Leser weiterhin zu erreichen, hätten Verlage viele kreative Ideen umgesetzt: „Hier ein Filmchen und da ein Podcast ... Aber inzwischen ist eine gewisse Lähmung eingetreten, weil man sich nicht sicher ist, was noch gemacht werden kann, um das Publikum weiterhin zu erreichen.“ Also wurde weiter nachgefragt, ob sie das Gefühl hat, von der Politik in ihren Sorgen wahrgenommen zu werden. „Nun ja, es gibt schon offene Ohren. Allerdings ist es mit der Umsetzung etwas zäh.“ Auf Länderebene sei durchaus vieles möglich. Britta Jürigs kam auf einzelne Maßnahmen zu sprechen wie die (leider nur einmalige) Zukunftsprämie für unabhängige Verlage in Hamburg, mit der 20 unabhängige Verlage in Corona-Zeiten gefördert werden konnten. Solche Initiativen zur Unterstützung unabhängiger Verlage wünscht sie sich in viel größerem Maße.

Viele unabhängige Verlage entdecken mit Neugier und Engagement Autorinnen und Autoren und veröffentlichen mit Mut zum Risiko Bücher abseits des Mainstreams. Sie tragen im besonderen Maße zur sogenannten Bibliodiversität bei. Doch im Gegensatz zu Theatern oder Arthouse-Kinos gibt es bisher für sie keine staatliche Förderungen: „Wir sind an Krisen und Auf-und-ab-Bewegungen gewöhnt und können deswegen auch mit branchenbedingten Krisen umgehen. Mit einer Dauerkrise allerdings irgendwann nicht mehr. Deswegen ist eine strukturelle Verlagsförderung zum Erhalt der Vielfalt und des kulturellen Erbes längerfristig notwendig“, so ihr Fazit.

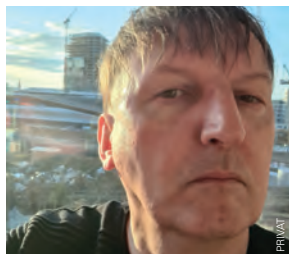




Hochwertige Kunst statt Schlafanzug

Gespräch am 6. April 2021

Christian Morin



1968 in Trier geboren.

Anfang der Neunzigerjahre war Christian Morin Teil des „Eimer“-Kollektivs, ein multidisziplinäres besetztes Kunsthaus am Rosenthaler Platz in Berlin Mitte. Von 1990 bis 1997 gestaltete er dort das Programm mit. 1997 gründete er die Agentur „Headquarter Entertainment“ und organisierte Tourneen für Musiker*innen weltweit. Er arbeitete als Produktionsleiter für Künstler*innen wie Peaches, Chicks on speed oder dem Notwist-Seitenprojekt 13 & God. Ab 2009 übernahm er als Musikdramaturg das musikalische Programm der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, welches er bis zum Ende der Spielzeit 2020/21 leitete. Im Dezember 2019 koproduzierte er das Peaches Musical „OOPS“, welches sein letztes großes Event vor Beginn der Pandemie werden sollte. Seit 2015 ist Christian Morin außerdem Kurator beim Berliner „Pop-Kultur Festival“ und programmiert dort Konzerte, Auftragsarbeiten, Talks und Workshops. Für die Ausgabe 2020 entwickelte er ein digitales Konzept des Festivals mit.

Zum Auftakt des Gesprächs interessierte natürlich die Antwort auf die Frage: Inwieweit hat Dich Corona direkt persönlich betroffen und inwieweit – Du arbeitest ja im Bereich der Klub-Kultur und im Kulturbereich – ist der musikalische Klub-Kulturbereich davon betroffen?

„Für meine Arbeit an der Volksbühne hat das bedeutet, dass ich seit letztem Jahr einen großen Verschiebebahnhof angefangen und versucht habe, immer noch Aufführungen zu retten, die letztendlich aber abgesagt werden mussten.“ Im Sommer 2020 habe es ein kurzes Zeitfenster gegeben, sodass im September und Oktober ein paar kleine Sachen gemacht werden konnten, schilderte Morin. Sehr emotional sei der Auftritt von Sophie Hunger gewesen, genau einen Tag vor dem nächsten Lockdown. „Da haben wirklich Leute geweint.“

Wichtig war dem Musik-Kurator, darauf zu verweisen, dass während des Lockdowns produzierte digitale Aufführungen mit einem hohen Anspruch realisiert worden seien. Am Anfang sei es schwer gewesen, kostenpflichtige digitale Angebote durchzusetzen. Letztendlich habe es dann funktioniert, „weil die Menschen doch einen sehr großen Solidaritätsgedanken den Künstler*innen gegenüber haben“.

Von Anfang an sei ein hoher Qualitätsanspruch an die digitalen Streaming-Angebote gelegt worden. „Wir wollten keine Menschen im Schlafanzug sehen, die im Wohnzimmer Musik machen, sondern hochwertig künstlerisch produzierte Videoarbeiten, Gespräche, Videokunst, Musik, um wirklich auch das Medium dementsprechend zu benutzen. Die Möglichkeiten des Mediums unterscheiden sich von denen

einer Live-Bühne.“ Diesem Anspruch stand gegenüber, dass sein Herz natürlich für das Live-Ereignis auf der Bühne schlage und er sich freue, wenn das endlich wieder stattfinden kann.

Wir wollten
keine Menschen
im Schlafanzug sehen,
die im Wohnzimmer Musik machen,
sondern hochwertig künstlerisch
produzierte Videoarbeiten,
Gespräche, Videokunst,
Musik, um wirklich auch
das Medium dementsprechend
zu benutzen.

Wie empfindest Du denn die Art und Weise, wie die Politik mit der Kultur umgeht?, wollte ich genauer wissen.

„Ich habe für die Hygiene-Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie mehr als volles Verständnis. Natürlich gibt es Fragen und Aspekte, die ich nicht verstehe. Dass der öffentliche Nahverkehr voll ist, dass aber bei der Kultur, wo es bestimmte Konzepte gibt, der Kahlschlag-Hammer angesetzt worden ist, dass da so gut wie nichts läuft. Da dürfen die Leute nach Mallorca fliegen und wir müssen nach wie vor zu haben.“

Christian Morin ging davon aus, dass im Sommer keine großen Open Air Festivals, aber doch Auftritte auf Bühnen draußen stattfinden könnten. „Langfristig kommen wir aus der Sache nur mit Impfungen raus. Dass einfach nicht genug Impfstoffe vorhanden sind, ist tragisch.“

Ab wann werden Konzerte wieder stattfinden können und wie viele Leute aus dem Kulturbereich können ökonomisch, existenziell durchhalten?, wollte ich von ihm erfahren.

„Da hast du genau den richtigen Punkt getroffen. Also die Leute kriechen finanziell auf dem Zahnfleisch, aber auch emotional. Das ist nicht zu unterschätzen. Viele fragen, wann habe ich denn wieder eine Perspektive, die Dinge zu machen, für die ich ja auch brenne? Das ist bei den meisten Menschen so, die in der Kultur arbeiten. Für die ist das nicht nur ein Job, sondern eine Berufung. Das ist Lebensinhalt. Es fällt sehr schwer, das auszuhalten, dass kein Mensch einem wirklich seriös sagen kann, wann Konzerte und der Austausch darüber wieder möglich sind. Ich mache mir große Sorgen um die emotionale und psychische Stabilität der Menschen, weil das zehrt einfach wirklich an den Nerven.“

Fühlt er sich von der Politik eigentlich verstanden?

„In Berlin haben wir noch relativ Glück, weil wir mit unserem Kultursenator Klaus Lederer jemanden haben, der extrem versucht hat, Kunst und Kultur zu unterstützen und mit Programmen hierzu sehr schnell am Start war. Wenn man sich jetzt – ich habe viele Freunde, auch in anderen Ländern, – umschaute, war das zum Teil wirklich eine absolute Katastrophe, weil die Hilfsprogramme dort einfach nicht in der Art wie bei uns existieren. Aber von den Hilfsprogrammen kann natürlich auch keiner leben. Also das ist gut, wenn man mal irgendwo eine Spielstätte oder irgendein Büro oder sowas über ein paar Monate gerettet hat. Aber es ist natürlich keine Perspektive und genau die wird gebraucht.“ Sicherlich wird auch noch die Frage zu diskutie-

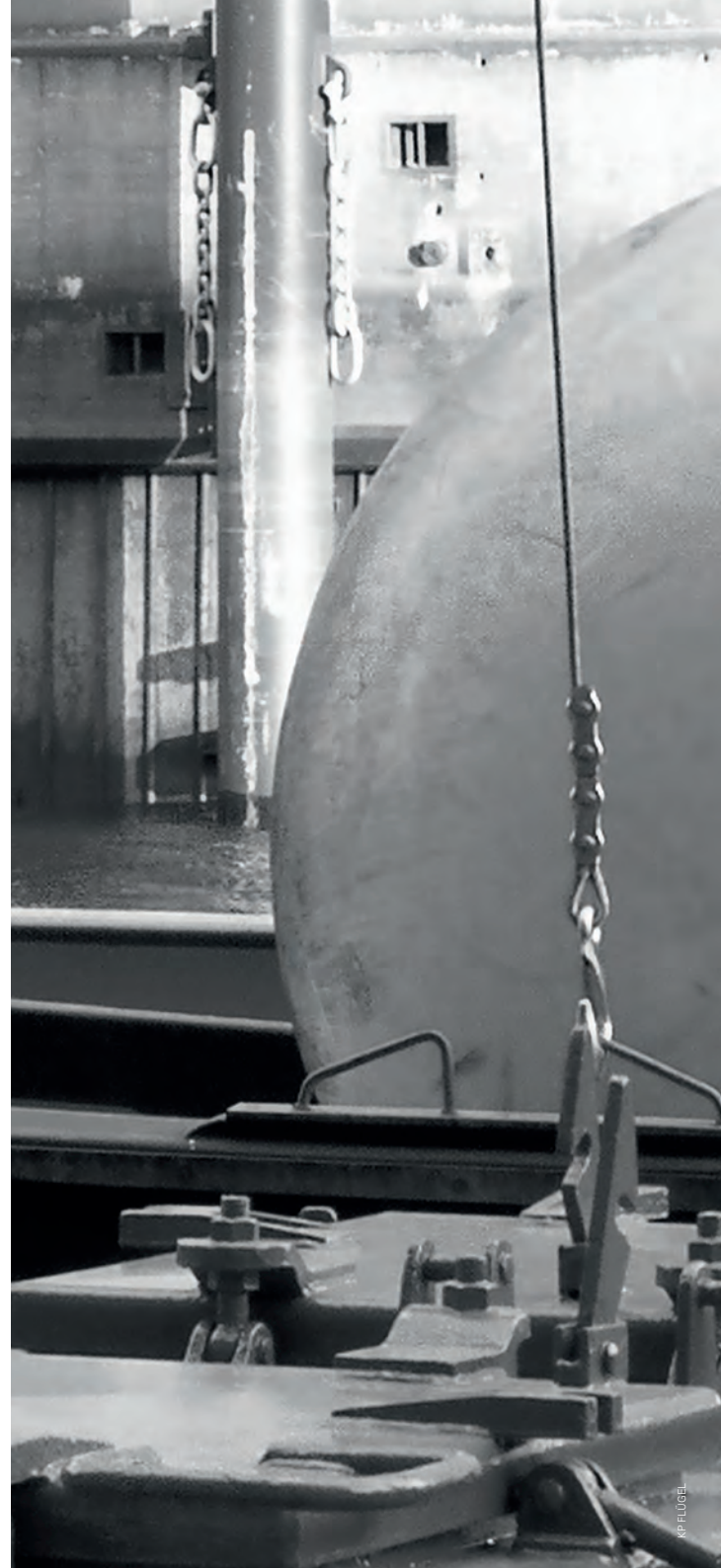
ren sein, wie die Menschen abgesichert werden können, die nicht im Scheinwerferlicht auf den Bühnen stehen, sondern im Hintergrund dafür sorgen, dass Sound und Licht funktionieren.

„Das ist natürlich eine sehr gute Frage, weil die meisten Menschen, die ein Konzert, ein Theaterstück, oder was auch immer für eine Veranstaltung besuchen, gar nicht mitbekommen, wie viele Leute an so einer Produktion beteiligt sind. Das ganze technische Personal, die Mitarbeiter am Einlass, die Security, die Menschen, die das Catering machen, die an der Kasse sitzen. Diese Menschen stehen natürlich nicht so im Scheinwerferlicht wie Künstler und Künstlerinnen und haben auch nicht so eine Lobby. Aber sie dürfen wir natürlich auch nicht vergessen.“

Christian Morin stellte im Gespräch weiter fest, dass das System, wie wir arbeiten, gerade für Kreative krisenuntauglich ist.

„Wir sehen jetzt, wie schnell Menschen in existenzielle Not geraten. Im Grunde genommen beruht unser System darauf, dass Menschen gesund sind, keine Probleme haben und Aufträgen hinterherjagen. In Zukunft werden wir sehr viel darüber reden müssen, ob wir vielleicht komplett andere Konzepte für die gesamte Arbeitswelt und anderen Sicherungssysteme für Menschen brauchen, die selbstständig arbeiten.“

Aber das seien alles natürlich immer nur Tropfen auf den heißen Stein, die das Grundproblem nicht lösen. Jetzt werde uns sehr deutlich vor Augen geführt, dass es das zu lösen gilt. „Da hoffe ich, dass die Diskussion nicht mit der Bewältigung der Pandemie zu Ende ist, sondern eben anfängt, weil das auf jeden Fall notwendig ist.“



Nichtleser ärgern mich

Gespräch am 25. März 2021



Jörg Sundermeier



1970 in Gütersloh geboren, lebt er heute in Berlin.

Er ist zusammen mit Kristine Listau Verleger des Verbrecher Verlags (den er 1995 mit Werner Labisch gegründet hat) und Autor für verschiedene Zeitungen und Magazine. Er schrieb diverse Bücher, zuletzt „Die Sonnenallee: Berliner Orte“, 2016, „11 Berliner Friedhöfe, die man gesehen haben muss, bevor man stirbt“, 2017 und „Eine Bewegung archivieren“, 2018.

Jörg Sundermeier war von 2015 bis 2021 Vorstand der Kurt Wolff Stiftung und ist seit 2014 Mitglied im Vorstand des Börsenvereins, Landesverband Berlin-Brandenburg.

Jörg Sundermeier, Verleger des Verbrecher Verlags und Mitglied im Vorstand der Kurt Wolff Stiftung, hatte in einem Interview im Dezember 2019 mit der Zeitschrift „BuchMarkt“ auf die Frage, was ihn in jenem Jahr am meisten geärgert hätte, geantwortet: „Die Portierhöhung für Büchersendungen, die Folgen der KNV-Insolvenz, die Folgen der Libri-Auslistungen“ und dann hatte er noch hinzugefügt: „Am meisten ärgern mich Leute, die nichts lesen wollen.“ Deshalb wollte ich zum Auftakt des

Gesprächs wissen, ob das damals eigentlich vergleichsweise kleine Probleme waren und wie der Verbrecher Verlag und die von der Kurt Wolff Stiftung vertretenen unabhängigen 100 Verlage bisher durch die Pandemie gekommen sind.


Hinsichtlich der existenziellen Situation des Verbrecher Verlages könne er nicht klagen, war die Antwort. Das Verlagsprogramm habe sich sehr gut verkauft. 2019 sei ein sehr gutes Jahr gewesen. Das Buch „Schäfchen im Trockenen“ von Anke Stelling hat in Leipzig den Preis der Buchmesse bekommen. Das hat Geld in die Kassen des Verlages gespült. Corona-Hilfen habe der Verlag nicht beantragt. Was die Buchbranche allgemein betrifft, sei deren Lage „sehr durchwachsen“. Einerseits hätten sich Kinderbücher gut verkauft, andererseits treffe dies für Reiselektüre nicht zu. Zudem sei die Sichtbarkeit von unabhängigen Verlagen und eher nicht so mainstreamigen Themen zurückgegangen.

Unterschiedlich seien auch die Regelungen bezüglich der Öffnungsmöglichkeiten der Buchhandlungen in den einzelnen Bundesländern. In einigen war der Buchverkauf möglich, in anderen überhaupt nicht. Da habe es noch nicht einmal die Möglichkeit zu Click and Collect gegeben. Gänzlich unverständlich sei es, wenn geöffnete Discounter auch Literatur anböten.

Ein weiterer Konkurrent des Buchhandels sei der Online-Anbieter Amazon, der ein „gigantisches Geschäft“ mit Büchern mache, besonders mit Bestsellern. Dies bedeute für die kleineren, unabhängigen Verlage und Buchhandlungen, dass sie keine ökonomische Chance mehr hätten. Gerade die bisherige Aufgabe von Literatur sei es gewesen, gesellschaftliche Fragen sehr, sehr gut zu verhandeln, und „... das vielleicht sogar wesentlich

besser als in Film oder Theater. Oder in der Kunst. Alle Kunstformen haben natürlich auch ihre eigene Berechtigung und stehen wiederum für andere, unterschiedliche Fragen. Aber nicht unbedingt so sehr für die Selbstvergewisserung einer Gesellschaft.“

Für viele Autorinnen und Autoren sei Corona jedoch eine Katastrophe. Die meisten der Autorinnen und Autoren, die der Verlag vertrete, gingen zum Glück noch einem Brotjob nach. „Aber eigentlich kann es das ja auch nicht sein.“



Am meisten ärgern mich Leute, die nichts lesen wollen.

Als Vorstandsmitglied der Kurt Wolff Stiftung hatte Jörg Sundermeier einen offenen Brief an Kulturstatsministerin Grütters und an die Kultusministerien der Länder unterzeichnet. Intention dieses Schreibens war ein Appell an die Politik, dem unabhängigen Buchhandel die Möglichkeiten zu geben, beispielsweise mit Click and Collect und dem Tisch an der Tür weiterhin Bücher verkaufen zu können. Da, wo die Buchhandlungen haben öffnen können wie in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, sei sehr darauf geachtet worden, dass die Abstandsregelungen eingehalten wurden. Buchhandlungen müssten geschützt werden, denn sie veranstalteten Lesungen, kümmerten sich um die Leseförderung. „Daher sind sie auch eine Art gesellschaftlicher Mittelpunkt. Das können sie aber nicht mehr sein, wenn sie schließen müssen. Deswegen appellieren wir, das zu bedenken und für die Buchhandlungen erträgliche Situationen zu schaffen.“ Das heiße aber nicht, dass Buchhandlungen viel besser geschützt

werden sollten als die Eckkneipen. „Es ist leider so, dass insgesamt kulturelle Orte, und dazu gehört eine Buchhandlung, zum Teil auch ökonomische Orte sind. Und die fallen gerade mal so ein bisschen aus dem Blick. Da hoffe ich, dass die Kultusministerien dann eben auf ihre Regierungen einwirken und sagen, lasst uns zumindest so öffnen, dass der Tisch in der Tür stehen kann.“ Die bisherigen Regelungen mit Lockerungen und deren Rücknahmen seien für viele Buchhandlungen „ziemlich unerträglich“ gewesen. Zumal man auch sagen müsse: „Du wirst ja nicht Buchhändlerin, weil du reich werden willst. Reichtümer werden in Buchhandlungen nicht angehäuft.“

Was die Perspektive des Buchhandels und der unabhängigen Verlage angeht, „gingen einige tatsächlich schon auf dem Zahnfleisch. Und alle sind natürlich sehr vorsichtig. Buchhandlungen, die nur eingeschränkt verkaufen können, kaufen auch keine neue Ware mehr ein. Das wiederum betrifft die Autorinnen und Autoren, die immer anteilmäßig nach den Verkäufen bezahlt werden. Die Verlage betrifft das natürlich auch. Dieser Mechanismus zieht dann einen Rattenschwanz hinter sich her. Es kann sein, dass alles gut ausgeht. Also toi, toi, toi! Ich wünsche mir das auch sehr. Der Kapitalismus ist kein Freund der Kunst. Das merken wir auch auf dem Buchmarkt.“

In dem bereits erwähnten offenen Brief der Kurt Wolff Stiftung wurde die schwierige Situation des Buchhandels beschrieben und es wurden die notwendigen Forderungen als höflich formulierte Bitten artikuliert. Deshalb fragte ich nach, ob man daraus schließen könnte, dass sie sich von den Kultusministerien und von Frau Grütters verstanden fühlten. Jörg Sundermeier nannte daraufhin als positive Beispiele die Berliner und Ham-

burger Kultursenatoren Klaus Lederer (Linke) und Carsten Brosda (SPD) und erläuterte dann: „Ich weiß es auch von Monika Grütters. Die wissen schon, worum es geht. Und wir sind vielleicht in Details anderer Ansicht, aber uns im Groben auf jeden Fall einig. Wir sehen auch, dass sie durchaus kämpfen. In Berlin versucht man immer wieder neue Kultur-Hilfsprogramme aufzulegen. Ich denke, es wird in Hamburg ähnlich sein. Monika Grütters versucht demnächst, hier und da noch neue Millionen für dieses Programm Neustart Kultur loszueisen, um es den Buchhandlungen und Verlagen zugutekommen zu lassen. Es wäre vermessen, wenn wir uns da hinstellen und sagen: Hier aber wir zuerst. Wir sind nun mal nicht die FDP und nicht die Bild-Zeitung. Wir wissen auch, dass die Kulturministeriumsleute sehr genau wissen, worum es geht und dass es an allen Ecken und Enden brennt. Und das schon recht lange. Da kann man sich von der Kurt Wolff Stiftung nicht hinstellen und sagen, Leute, ihr müsst, ihr müsst, ihr müsst! Sondern ich finde, da gehört es sich auch mal zu sagen: Wir bitten für die Buchhandlungen. Also es ist auch ein Akt der Solidarität. Es geht hier gar nicht mehr darum, dass wir nach Verlagsförderung rufen. Wir rufen nach der Achtung des unabhängigen Buchhandels, weil wir den unterstützen wollen.“

Jörg Sundermeier zeigte sich optimistisch, was die Perspektive betrifft: „Ich glaube tatsächlich schon, dass alle da durchkommen und alle, die irgendwie weiterwursteln. Und ich glaube ehrlich gesagt aus einem ganz bestimmten Grund auch heraus: Die Autorinnen und Autoren, die Buchhändlerinnen und Buchhändler, die Verlegerinnen und Verleger, die können ja gar nichts anderes, die machen einfach weiter.“





Die Kreativen sollten selbst eine Partei gründen

Gespräch am 18. April 2021

Xaõ Seffcheque



Der Autor im Normalfall



Der Autor während der Quarantäne



Der Autor nach der Quarantäne

Geboren in Graz/Österreich, studierte er Chemie, Musikwissenschaft und Germanistik.

1981 gründete er zusammen mit Peter Hein die Band FAMILY*5 und schrieb als Kulturjournalist u. a. für SOUNDS, SPEX, MUSIK EXPRESS, ROCKSESSION. Er arbeitet seit 1985 als Drehbuchautor, seit 1997 führt er auch Regie. Er schreibt Bühnenstücke und Hörspiele und komponiert Filmmusik. Seit 2004 ist er Hochschuldozent für Drehbuch, Dramaturgie, Film- und Medienethik sowie kreatives Produzieren in Darmstadt, Essen, Bochum und Köln. Seit 1999 ist er Produzent eigener Filme und seit 2019 Herausgeber kulturdokumentarischer Bücher. Zurzeit arbeitet er gemeinsam mit dem Bachmann-Preisträger Peter Glaser an einem Roman.

Zuerst fragte ich nach, wie Xaõ Seffcheque die Pandemie mit ihren Shutdown-Regelungen getroffen hatte, wie er dieses Heruntergefahrensein erlebte und was es mit ihm gemacht hat. Die erste Phase habe er noch relativ locker hingenommen. Mit seinen Studierenden, aber auch mit Auftraggebern online zu kommunizieren, darin habe er zunächst auch Vorteile gesehen. „Du musst nicht mehr für jede blöde Drehbuch-Besprechung einen ganzen Tag nach München oder Berlin und Unterwerfungsgesten machen.“ Aber auf die Dauer sei das ermüdend. Auch dass keine kulturellen Veranstaltungen möglich seien. „Das verfluche ich wie die Pest.“ Klar, man möchte niemanden anstecken und sich selbst auch nicht. Aber es sei schon dramatisch, dass diejenigen Institutionen, die sich mit als erste bemüht hätten, funktionierende Sicherheitsstandards mit Abstandsregeln zu schaffen, also die Theater, Kinos, Museen, als allererste heruntergefahren wurden.

Xaõ Seffcheque wies auf eine Umfrage hin, der zufolge ein Drittel aller Kreativen ihren Job aufgeben würden. „Das ist natürlich kulturell eine absolute Bankrotterklärung. Wenn die Leute in Fabriken in kleinen Abständen nebeneinander arbeiten müssen, dann frage ich mich, warum sie nicht in ein Theater gehen dürfen, wo sie zum Teil ja wirklich in einem Abstand von vier oder fünf Metern voneinander sitzen können. Das erschließt sich mir nicht.“

Bedenklich sei, so konstatierte der Drehbuchautor, dass die für die Corona-Regelungen verantwortlichen Politiker in aller Regel Betriebs- und Verwaltungswirte oder Juristen sind. „Das ist

auch ein Zeichen dafür, dass ein Politikwechsel passieren muss.“ Leider hätten die Künstlerinnen und Künstler keine echte Lobby, keine wirklich massive Standesvertretung. Und er fügte noch hinzu, dass gerade unter den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern etliche ohne Familie, ohne Kinder zu finden seien – und so sei auch deren Politik.

Es gibt ja verschiedene ökonomische Rettungs- oder Überbrückungsgeld-Pakete. Bei der November-/Dezember-Hilfe wissen wir, dass diese teilweise im Januar und Februar, März auch noch nicht komplett ausgezahlt wurden. Also fragte ich nach den ökonomischen Auswirkungen dieser Situation. „Zum Sozialamt oder zur Arbeitsagentur zu gehen, sich nackt zu machen, entspricht überhaupt nicht dem Selbstverständnis der Kreativen. Ich habe mein ganzes Leben nie Sozialtransfers in Anspruch genommen, auch wenn es mir schlecht ging, einfach weil ich das nicht wollte. Ich habe immer für mich in Anspruch genommen, eben nicht „arbeitslos“ zu sein. Ich bin vielleicht nur ohne Kohle. Aber Arbeit habe ich als Künstler immer. Das ist meine Haltung. Diese Haltung vertreten auch viele andere Künstler. Das verstehe ich absolut. Das hat auch mit der Würde und meinem Stolz, mit meinem Bewusstsein für die Qualität der eigenen Arbeit zu tun. Almosen können eine Würdigung der Arbeit niemals ersetzen.“

Müssten sich Kulturschaffende nicht noch viel mehr engagieren, einsetzen, gerade auch für und untereinander? Wäre es nicht auch wichtig, die bisherigen Sicherheitssysteme irgendwie neu zu justieren? Also weg mit Hartz IV und stattdessen vielleicht einmal ein bedingungsloses Grundeinkommen oder Unternehmer-Lohn einfordern.

Letztlich steht doch die Frage, ob es nicht an der Zeit wäre, dass die Künstlerin, der Künstler über sein oder ihr Selbstverständnis nachdenkt? Also konfrontierte ich ihn mit der Frage, ob dieses „man möchte sich nicht nackt machen“ nicht auch so eine romantische Vorstellung vom Künstlertum pflegt.

„Das ist nicht ganz falsch. Du willst heute als Künstler nicht in einem Kellerloch leben. Du kannst heute anders leben und musst auch heute anders leben. Der Künstler ist heute ein multipler Dienstleister. Du kannst dich immer darauf zurückziehen, mit Geld nichts zu tun haben zu wollen. Diese jahrhundertealte Vorstellung hat allerdings mit unserer Wirklichkeit kaum noch was zu tun. Natürlich muss sich das Bewusstsein verändern. Was brauchen die Künstler? Es wird jetzt evident, dass da jetzt mal die Berufsverbände, deren Organisationsform zum Teil sehr zu wünschen übrig lässt, sich mehr ins Zeug legen. Da muss etwas passieren. Unbedingt. Stichwort Schauspieler, Stichwort Musiker. Das ist das eine. Das andere ist, dass die Sozialsysteme aufgrund der jetzigen Situation neu überdacht werden müssen, weil sie einfach kreativ tätige Menschen nicht ansatzweise ausreichend als gleichwertigen Teil der Gesellschaft ansehen.

Die generierte Wertschöpfung der Kulturindustrie als Ganzes befindet sich in Wahrheit auf dem Niveau der chemischen Industrie mit 100 Milliarden Euro im Jahr! Nur wird der Kulturbereich anders behandelt. Wenn die Industrie ein Problem hat, gibt es Kurzarbeitergeld, gibt es großzügige Subventionen. Oder wenn man an die gewaltigen Summen denkt, die während der Finanzkrise zur Rettung der Banken aus de-

ren selbstverschuldetem Desaster von staatlicher Seite aufgebracht wurden. Das ist schon ein gigantischer Unterschied.“ Zugleich erhielten Unternehmen der Automobilindustrie einerseits Fördergelder, andererseits werden Manager und Aktionäre weiter mit Boni und Coupons versorgt. Oder ein Konzern wie TUI werde unterstützt, dessen Geschäftszweck nicht mehr zeitgemäß sei. Viel wichtiger sei es, Milliarden in die Ausstattung der Schulen zu lenken, damit die Kinder Computer erhielten, um beim Online-Unterricht mitmachen zu können. „Das ist aber natürlich von einer GroKo leider nicht zu erwarten.“

Apropos Politik – bald sind Bundestagswahlen. „Naja, was soll kommen? Was hat man da?“ Als wir das Gespräch führten, im Februar 2021, ergab eine Umfrage, dass fast 50 Prozent der Bundesbürger der Meinung waren, die CDU ginge mit der Pandemie am besten um. „Die CDU, also die Partei von Merkel und Spahn: Aus Erfahrung kann man auch immer dümmmer werden.“

Nach der Bundestagswahl erwartet Xaõ Seffcheque eine Schwarz-Grüne Koalition; die Fortsetzung der bisherigen Koalition sei nur vorstellbar, falls die SPD darauf erpicht sei, ganz von der Bildfläche zu verschwinden. Von den Grünen als Opposition hätte er mehr Kritik erwartet. Die Linke nehme er wahr als Partei, die mit sich selbst beschäftigt sei, und von der FDP, die für ihn schon allein wegen Lindner nicht infrage käme, nehme er immerhin zur Kenntnis, dass sie sich Gedanken über einen Unternehmerlohn für künstlerisch Tätige mache. Aber als Künstler könne er sich auf die Parteien sowieso nicht verlassen. Seine Idee: „Die Kreativen sollten selbst eine Partei gründen.“



Plötzlich war es entscheidend, wo eine Künstlerin oder ein Künstler lebte

Gespräche im
April 2020 und
März 2021



KP Flügel



Resümee zweier Gespräche mit Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Im Kontext der Auseinandersetzungen um Forderungen zur Unterstützung der kulturellen Institutionen und der in ihnen und für sie tätigen Kulturschaffenden spielt der Deutsche Kulturrat eine zentrale Rolle. Sicherlich auch dafür, diese nach Möglichkeit durchzusetzen. Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, dem sämtliche wichtigen Kultur-Verbände in Deutschland angehören. Vertreten werden alle künstlerischen Bereiche von der Musik, der darstellenden Kunst, der bildenden Kunst, der Literatur, dem Design, der Baukultur, den Medien bis zur Computerspielbranche und der Soziokultur. Deren Interessen, so die Selbstbeschreibung des Deutschen Kulturrates, sollen gebündelt und gegenüber der Politik vertreten werden.

Im Gespräch, das ich mit ihm im April 2020 in einer Neo-Radiosendung führte, kamen wir sofort auf die schwierige Situation der Soloselbstständigen im Kulturbereich zu sprechen. Nicht nur, dass sie von Corona am intensivsten betroffen waren bzw. sind,

indem ihnen von einem zum anderen Tag Aufträge wegfielen, schon vorher hatten sie sehr wenig verdient und es ging schon länger oft um die pure Existenz. Das war das Thema.

Im Fortgang des Gesprächs kritisierte Olaf Zimmermann, dass bei den ersten Bundeshilfen gerade die soloselbstständigen Künstler, deren Einnahmen weggebrochen waren, nur Betriebskosten ersetzt bekamen. Doch genau diese, die sie im Sinn der Regelungen hätten abrufen können, konnten die meisten gar nicht geltend machen, weil sie solche gar nicht hatten. Weiterhin stellte er fest: Die darüber hinaus aufgelegten, von Bundesland zu Bundesland unterschiedlichen, Länderprogramme, wie z. B. in Berlin und Nordrhein-Westfalen, waren schnell erschöpft. Daher forderte er damals eine weitergehende Förderung, die diese Einnahmeausfälle hätte kompensieren können. Sein Appell im April 2020: Die Länder sollten mehr machen. Aber nicht nur die, sondern auch der Bund sollte mehr für den Kulturbereich tun.

Vehement plädierte Olaf Zimmermann also schon zu Beginn der Pandemie für ein länderübergreifendes Unterstützungsprogramm. Den Föderalismus machte er für unterschiedliche Regelungen verantwortlich, sodass es plötzlich entscheidend war, wo eine Künstlerin oder ein Künstler lebte. Deshalb plädierte er für einen nationalen Kultur-Infrastruktur-Fonds. Dieser, so seine Auffassung, sollte Künstlerinnen und Künstlern sowie Kultureinrichtungen helfen, diese Krise auch ökonomisch zu überstehen. Ermutigend fand er, dass der Kulturrat intensiv in die Verhandlungen eingebunden gewesen ist und Arbeits-, Wirtschafts- und Finanzminister auch zuhören mussten. Das war umso nötiger, weil, wie er befürchtet hatte, sich ein Sterben von vielen kultur-

wirtschaftlichen Strukturen immer deutlicher abzeichnete. Daraus zog er zugleich die Schlussfolgerung, dass wir auch in den nächsten Monaten und Jahren mit dieser Krise noch zu tun haben werden. Ein gutes Jahr später spreche ich wieder mit Olaf Zimmermann. Seiner Kenntnis nach sind inzwischen für den Kulturbereich insgesamt zwei Milliarden Euro bereitgestellt worden. Gelder, die über Kulturverbände, über künstlerische Fonds in den Kulturbereich hineingegeben werden an Kultur-Unternehmen, auch an Künstlerinnen und Künstler über Stipendien und andere Programme. Die vielen Förderprogramme von Bund und Ländern, so seine Befürchtung, werden unter dem Strich für die, die in Not sind, nicht ausreichen. Jedoch sind die aufgelegten Rettungsprogramme für die ökonomische Absicherung der Künstlerinnen und Künstler größer im Vergleich zu jedem anderen Land. Dennoch muss künftig die Verankerung der ökonomischen Sicherung für freiberuflich Tätige gesichert werden. Vielleicht mittels einer Arbeits- oder Auftragslosen-Versicherung? Zugleich sollte auch die Selbstständigkeit bei freiberuflich tätigen Technikern, Roadies etc. hinterfragt werden.

Olaf Zimmermann weist auch auf die Tatsache hin, dass die meisten Künstlerinnen und Künstler ihrer Tätigkeit nicht wegen des Aspekts des Geldverdienens nachgehen, sondern weil sie davon inspiriert sind. Es fiel auch das Wort der Besessenheit, sich künstlerisch auszudrücken. Daher machte er sich nicht so viele Sorgen über die ökonomische Absicherung, sondern über die Gefahr des psychischen Zerbrechens. Die Einschränkungen im Kulturbereich bedeuteten auch einen Wegfall von Freiheit, der so schnell als möglich überwunden werden müsse. Daher kritisierte er das zu langsame Impfen als ein fundamentales Staatsversagen.

Systemrelevanz neu denken

Gespräche am 6. April 2020
und im Sommer 2021



Veronika Mirschel



Sie leitet seit der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im Jahr 2001 das Referat Selbstständige in der Berliner Bundesverwaltung.

Zu ihren Aufgaben gehören hier die Entwicklung politischer Positionen und Kampagnen, eines statusbezogenen Mitglieder-Services, Beratungs- und Bildungsangebote sowie der Aufbau von Netzwerkstrukturen für die derzeit 30.000 selbstständig tätigen ver.di-Mitglieder.


Zuvor arbeitete die 1960 geborene Düsseldorferin nach ihrer Ausbildung an der Journalistenschule und der Ludwig-Maximilians-Universität in München als freiberufliche Funk- und Printjournalistin zu den Schwerpunkten Arbeitswelt und Arbeitsrecht.

Das Referat Selbstständige umfasst die rund 30.000 Kolleginnen und Kollegen der verschiedensten Berufe, die bei ver.di organisiert sind und die soloselbstständig arbeiten, also selbst keine Unternehmer sind.

Mich interessierte, wie aus Sicht von Veronika Mirschel Corona die Selbstständigen getroffen hat. In den einzelnen Bundesländern gab es ja die Möglichkeit, Anträge auf Soforthilfen zu stellen, die dazu dienten, die Betriebskosten erstattet zu bekommen. Meine Frage war, wer erstattet mir die Gelder, die Honorare, die ich nicht realisieren kann, weil mein Buchprojekt abgesagt, meine Lesungen etc. ausgefallen sind.

„Wir müssen die Zeit vor dem 1. April 2020 und die Zeit danach auseinanderdröseln. Es gab in verschiedenen Bundesländern Ende März pauschale Soforthilfen, die das sogenannte Unternehmer-Einkommen mit bedacht haben. In Nordrhein-Westfalen war es einfach zu sagen: Mir ist so und so viel Einkommen weggebrochen. Damit bin ich in einem Liquiditätseingpass. In Berlin war das auch relativ unkompliziert. In Hamburg gab es mühelos eine Pauschale, wenn die Kolleginnen und Kollegen nachweisen konnten, dass sie hauptberuflich selbstständig arbeiten und dass ihnen Einnahmen weggebrochen sind.“ Die Gewerkschafterin wies darauf hin, dass allerdings die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel nur dazu genutzt werden können, die Betriebskosten wieder rein zu bekommen, die aber bei Soloselbstständigen im Kultur- und Bildungsbereich praktisch nicht anfallen. „Damit entsteht für viele die Frage: Muss ich jetzt Grundsicherung beantragen?“

Also wollte ich konkret wissen, was ver.di für die Selbstständigen, für die Freiberufler, für die Kreativen tun kann und wo nachgebessert werden muss. „Wir haben unsere politisch verantwortlichen ver.di-Kolleginnen und -Kollegen in den Bundesländern gebeten, auf die jeweiligen Landesregierungen zuzugehen und sie davon zu überzeugen, dass Mittel für den Lebensunterhalt bereitgestellt werden müssen. Die Soforthilfen des Bundes müssen auch diesen Faktor einbeziehen. Die Einflussnahme läuft über die Landesregierungen, da die Gelder über die Länder ausgeschüttet werden. Nichtsdestotrotz werden wir dieses Thema auch über die Bundespolitik einspielen, um Nachbesserungen zu erreichen.“



Damit entsteht für viele die Frage:
Muss ich jetzt Grundsicherung
beantragen?

Was wäre aus Sicht von ver.di das Optimale, wollte ich wissen. Immerhin drängte sich die Frage auf, ob in dieser Pandemie auch eine Chance liegen könnte, über existenzielle Sicherungssysteme für diese jetzt als systemrelevanten Bereiche neu nachzudenken.

„Es zeigt sich“, gab Veronika Mirschel zur Antwort, „um es klar zu sagen, dass im Arbeitsalltag, außerhalb von Corona, die Bezahlung einfach viel zu schlecht ist. Das heißt, dass oftmals auch keine Rücklagen vorhanden sind und viele Selbstständige sich jetzt in einer existenzbedrohenden Situation befinden.“ Das sei eine Folge davon, dass schon vorher nicht genug verdient

werden konnte. Daher werde die Frage der Wertschätzung selbstständiger Tätigkeit auch in Form von Bezahlung durchaus nach dieser Krise deutlich in den Vordergrund gestellt werden müssen. „Dieses Problem sei jetzt sichtbar geworden.“ Daher sei es eine Notwendigkeit, nach der Pandemie grundsätzlich über das System der Entlohnung im Kreativbereich zu diskutieren. Darüber hinaus, auch wenn die genauen Nachwirkungen noch gar nicht präzise benannt werden können, stelle sich die Frage, ob nicht auch wirklich einmal über die Umverteilung in diesem Land diskutiert werden müsse. „Das wird bestimmt ein Thema werden nach dieser Krise. Dieses Thema wird für uns stark in den Vordergrund rutschen.“

Wo ist hier ein optimaler Ansatz, fragte ich nochmals nach. „Na ja, dass Kleinunternehmen genauso unter den Schutz fallen wie Großunternehmen, für die ja sehr viel Geld rausgehauen wird. Ich halte es für einen ganz wichtigen Punkt, dass es in der Gesellschaft zu einem Umdenken in diese Richtung kommt.“

Ein Nachtrag nach der Autorisierung des Gesprächs im Sommer 2021:

„Im August 2021 wurde in vielen Bundesländern überprüft, wie die im Jahr 2020 ausgezahlten Soforthilfen der Länder und des Bundes verwendet wurden. Viele Kreative sorgen sich, Geld zurückzahlen zu müssen. In manchen Fällen stand sogar der Vorwurf des Subventionsbetrugs im Raum. Ein Verständnis dafür, dass Lebenshaltungskosten die Betriebsmittel der Soloselbstständigen sind, konnte trotz vieler Aktivitäten im politischen Raum nicht gesetzt werden.“





**Rettungsmaßnahmen
allein schaffen noch
keine neuen Perspektiven**

Gespräch am 8. April 2021

Antonia Blau, Sina Lebert



Antonia Blau (li.) ist Direktorin des Goethe-Instituts Madrid. Von 2015 bis 2020 leitete sie das EU-Büro des deutschen Kulturinstituts in Brüssel, wo sie Erfahrung mit verschiedenen europäischen Programmen in den Feldern Kultur, Bildung, Zivilgesellschaft und Jugend sammelte. Von 2012 bis 2015 baute Antonia Blau ein Verbindungsbüro für das Goethe-Institut in Marseille im

Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt Marseille-Provence 2013 auf. Sie interessiert sich für die Verbindungspunkte zwischen Politik, Kunst und Kultur im internationalen Kontext und hat zu transnationaler Kulturpolitik an den Universitäten Aix-Marseille und Hildesheim promoviert.

Sina Lebert arbeitet seit 2019 als Referentin für das Goethe-Institut Brüssel und unterstützt insbesondere die strategische Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der EU. Sie war zuvor als externe Gutachterin für die GIZ tätig, koordinierte für das Goethe-Institut Kairo ein Regionalprojekt zu zivilgesellschaftlicher Bildung in Nordafrika/Nahost und arbeitete mehrere Jahre als Projektmanagerin in der politischen Bildungsarbeit. Sie hat einen deutsch-türkischen M.A. in European Studies.

Beide sind Co-Autorinnen der Studie „Cultural and creative sectors in post-COVID-19 Europe – crisis effects and policy recommendations“, 2021.

Zu Beginn des Gesprächs erzählte Antonia Blau von der „luxuriösen Situation“ in Madrid, denn dort waren die Kulturstätten, die Kinos, die Theater, die Restaurants und die Bars geöffnet. Künstler konnten auftreten. Die vom Goethe-Institut eingeladenen deutschen Künstler waren glücklich, wenn sie – unter Einhaltung der lokalen Sicherheitsmaßnahmen – vor Publikum auftreten konnten. „Deswegen bin ich sehr, sehr froh darüber, dass das hier möglich ist. Das müsste eigentlich viel breiter diskutiert werden, welche Erfahrungen wir damit machen. Es gibt eben keine Anstercungen im Theater, im Museum“, hielt sie fest.

Die Lage in Brüssel sei im Vergleich zu Madrid deutlich restriktiver, stellte Sina Lebert fest. Kulturinstitutionen seien weitgehend geschlossen. Museen könnten aber mit vorheriger Anmeldung besucht werden. „Ansonsten sind alle Kultureinrichtungen, Theater, Kinos, Clubs, Konzerthäuser geschlossen. Die Inzidenzzahlen sind hier ja auch wieder hochgegangen. Daher sind die Lockerungsabsichten auch wieder zurückgenommen worden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Zahlen im April und Mai entwickeln.“

Dann wollte ich natürlich wissen, wie es zur Studie kam, an der beide federführend mitgewirkt hatten.

Die Studie „Cultural and creative sectors in post-COVID-19 Europe – crisis effects and policy recommendations“ wurde vom Kulturausschuss des Europäischen Parlaments in Auftrag gegeben und im Februar 2021 veröffentlicht. Sie untersucht die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den europäischen Kultur- und Kreativsektor und formuliert Handlungsempfehlungen für die

künftige Politikgestaltung zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Neben dem Goethe-Institut Brüssel waren IDEA Consult (Lead, Isabelle De Voldere, Martina Fraioli), Inforelais (Sylvia Amann) und Values of Culture & Creativity (Joost Heinsius) an der Erarbeitung beteiligt.

Die Unterstützung des Kultursektors und der Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein zentrales Arbeitsfeld des Goethe-Instituts – in der Europäischen Union und global. In Brüssel setzt es beispielsweise die EU-geförderten Projekte Voices of Culture und Creative FLIP um. Ersteres organisiert den strukturierten Dialog der Europäischen Kommission mit dem europäischen Kultursektor, während Letzteres die Förderung eines nachhaltigen Ökosystems für Kultur- und Kreativschaffende in der EU zum Ziel hat.

Sina Lebert:

Kultur ist ganz zentral für das Funktionieren von demokratischen Gesellschaften. Das haben wir in der Krise nochmal stärker gesehen.

Die Studie umfasst 150 Seiten. Für den Musiksektor wurde beispielsweise ermittelt, dass während des ersten Corona-Lockdowns etwa 2.600 europäische Konzerthallen betroffen waren. 284.000 Veranstaltungen mussten abgesagt werden. 664.000 Künstlerinnen und Künstler konnten nicht auftreten. Es ist von einem Verlust von rund 1,2 Milliarden Euro für den untersuchten Zeitraum auszugehen.

Mit diesen Zahlen im Kopf stellte ich die Frage nach der verbliebenen Rolle von Kunst und Kultur in der Krise.

Antonia Blau führte aus, dass es für die Verfasser*innen der Studie zentral gewesen sei, über die Zahlen hinauszugehen. Gleichzeitig sind die Zahlen wichtig für die politische Arbeit und die Diskussionen mit Politiker*innen, weil so nachgewiesen werden kann, dass der Kultursektor auch Einkommen generiert und Kultur einen bedeutenden Anteil am Bruttosozialprodukt und am Steueraufkommen in den Mitgliedstaaten habe. Dann ergänzte Antonia Blau: „Für die Arbeit des Goethe-Instituts ist ganz wichtig, dass man über diese rein ökonomischen Aspekte hinausgeht und auch noch mal unterstreicht, welche soziale Rolle Kultur haben kann, wie wichtig Kultur gerade auch in Krisenzeiten für Fragen von sozialer Kohäsion sein kann, und auch für internationale Beziehungen, welche Rolle sie auch psychologisch spielen kann – welche Rolle sie überhaupt spielen kann in unserem Verständnis von uns selbst und von den anderen.“

Darüber hinaus, so ihr Fazit, kann Kultur auch Meinungsvielfalt stärken und daher müsse sie gerade über die Kunst in solchen Krisen hochgehalten werden. Auch wenn die Ökonomie wichtig sei, sei es ein wichtiger Beitrag des Goethe-Instituts, auf diese „soft aspects“ hinzuweisen, denn sie seien ganz grundlegend und entscheidend für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft.

Sina Lebert wies darauf hin, dass sich die Situation für den Kultursektor durch diese Krise

nochmals extrem verschärft habe, doch sie sei schon zuvor schlecht gewesen. „Wir sehen im Prinzip einen Sektor, der sehr, sehr fragil ist, gekennzeichnet durch viele sehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse, der auch von viel Volatilität geprägt ist. Diese Situation hat sich einfach viel über die Krise enorm verschärft, dass wir auch gesehen haben – das ist für uns als Goethe-Institut auch noch mal besonders zentral in einem negativen Sinn – dass viele der Maßnahmen, die von den EU-Mitgliedstaaten ergriffen worden sind, einen sehr starken nationalen Fokus hatten. Die Maßnahmen waren wenig nach außen gerichtet, also auf die europäische Zusammenarbeit, aber auch wenig ins Internationale. Und das ist ein Aspekt, von dem wir denken und überzeugt sind, dass das für die Kultur, für die kulturelle Zusammenarbeit zentral ist, die Möglichkeit zum Austausch, zur transnationalen Kooperation zu haben. Genau das wurde eben im Kontext der Krise mit den verschiedenen Restriktionen, die dann in Kraft gesetzt wurden, sehr stark behindert. Das gilt noch mal stärker für den Austausch mit außereuropäischen Kulturschaffenden.“

In der Bundesrepublik waren die Überbrückungshilfen von Bundesland zu Bundesland höchst unterschiedlich. Deshalb wollte ich wissen, wie die beiden Vertreterinnen des Goethe-Instituts den Stellenwert von Kunst und Kultur aus europäischer Perspektive sehen und wo gravierende Unterschiede zu einem national begrenzenden Horizont seien.

Sina Lebert erläuterte: „Kultur ist ganz zentral für das Funktionieren von demokratischen Gesellschaften. Das haben wir in der Krise noch





mal stärker gesehen. Also wie wichtig es ist, dass es einen funktionierenden Kultursektor gibt, in dem Kultur- und Kreativschaffende sich auch in dem Sinne frei entfalten können, in dem sie Räume haben, um Kultur zu produzieren und umzusetzen, um in Austausch zu treten und dafür eben auch die finanziellen Mittel haben. Gerade diese finanzielle Planbarkeit, aber eben auch äußere Bedingungen wie Reisemöglichkeiten, das ist extrem eingeschränkt worden. Und wir sehen schon auch in dem Screening, das wir gemacht haben, von Maßnahmen, die die jeweiligen Mitgliedstaaten ergriffen haben, dass da sehr unterschiedlich reagiert wurde auf nationaler Ebene. Wobei wir uns dann im Prinzip nicht weiter vertieft haben in die nationalen Maßnahmen. Uns ging es eher darum zu fragen, mit welcher Brille wurde reagiert, mit welcher zeitlichen Maßgabe? Dann sehen wir eben, dass sehr, sehr viele Maßnahmen wirklich in dem Sinne Rettungsmaßnahmen waren, die stark auf den damaligen Zeitpunkt gemünzt waren, aber ohne langfristige Perspektive. Das ist im Prinzip dann das nächste, dass eben der Kultursektor ein großes Potenzial hat, demokratische Strukturen und Prozesse zu stärken, aber eben auch sehr viel Innovationspotenzial bietet für andere Fragen, mit denen wir uns in Europa beschäftigen. Ob das jetzt Fragen der Nachhaltigkeit sind, des Umgangs mit dem Klimawandel, den Auswirkungen der Digitalisierung. Wie gestalten wir unser Zusammenleben im sozialen Bereich, im Gesundheitssektor, im Bereich der Bildung. Dazu kann Kultur einen enormen Beitrag leisten. Dazu müssen natürlich die Grundlagen da sein.“ Dementsprechend sei untersucht worden, wie der Kultursektor zukunftsgerichtet einen Beitrag leisten könne und europäische Po-

litik ausgerichtet sein müsste, um genau das zu unterstützen.

Antonia Blau schlug dann den Bogen zu ihrer eingangs geäußerten positiven Einschätzung hinsichtlich der Öffnungen in Madrid und wies ausdrücklich darauf hin, dass es hier keine staatlichen Hilfen gegeben habe. Der Kultursektor habe sich zusammengeschlossen, um dafür zu kämpfen, offen bleiben zu können, gerade weil es keine Hilfen gegeben habe, und weil sonst ein Überleben – auch der Off-Locations in den Vororten – überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Wenn sie an die Reaktionen gerade auch in Osteuropa denke, an Polen, aber selbst auch an Partner des Goethe-Instituts in Griechenland, sei immer wieder deutlich geworden, dass gerade kleinere, zivilgesellschaftliche Strukturen es vor Corona schon schwer gehabt hätten, weil der Kultursektor, der so heterogen und in den unterschiedlichen Ländern sehr verschieden aufgestellt ist, existenziell in guter Verfassung war.

„Aber das ist ja gleichzeitig auch ein Reichtum, dass der Kulturbereich so heterogen ist, dass es so eine Vielzahl von Stimmen gibt, gerade auch zivilgesellschaftliche und kritische Stimmen, die eben nicht nur die institutionellen und offiziellen Meinungen wiedergeben, sondern auch ganz diverse, ganz kontroverse Diskussion anstoßen können in den einzelnen Ländern, aber darüber hinaus auch auf europäischer Ebene.“ Hier müsse sehr aufgepasst werden, da auch Aspekte der Kunstfreiheit und Meinungsfreiheit berührt seien. Daher komme in der Studie auch zum Ausdruck, dass die Krise nicht als Vorwand genutzt werden dürfe, kleinen, zivilgesellschaft-

lichen Organisationen die Existenzgrundlage zu entziehen.

Ich wollte wissen, ob sie den Eindruck hätten, dass die Fragen der Sicherung von Künstlerinnen und Künstlern, der Kulturszene in Brüssel ernster genommen wird?

Antonia Blau hatte den Eindruck, „dass Kunst und Kultur in dieser Krise noch einmal an Bedeutung gewonnen haben und auf europäischer Ebene auch der politische Wille zugenommen hat, dies zu unterstützen. In Deutschland gab es große Unterstützung, in anderen Ländern ist das weniger erfolgt.“

Antonia Blau:
Für die Arbeit des Goethe-Instituts ist ganz wichtig, dass man ... unterstreicht, welche soziale Rolle Kultur haben kann, ... auch für internationale Beziehungen.

Sina Lebert fügte hinzu, dass zunehmend als Folge aus der Krise anerkannt wird, „auf der einen Seite, welchen wirtschaftlichen Beitrag der Kreativ- und Kultursektor in Europa leistet und auf der anderen Seite, welche Wechselwirkungen es mit anderen Sektoren gibt und wie wichtig auch Ansätze aus dem Kreativ- und Kultursektor sind für die Weiterentwicklung oder das Vorantreiben von Themen, dass die Bedeutung erkannt wird über den Sektor hinaus. Ob es nun im industriellen Bereich ist, im Bereich des Klimaschutzes, im Umgang mit Digitalisierung. Auch hier werden kulturelle Perspektiven an Bedeutung gewinnen.“

Kreatives Arbeiten zwischen Mythos und Ausgrenzung¹

Ein Text vom November 2021

Berlin/Brüssel



Konstanze Kriese



Konstanze Kriese, geboren in Berlin, ist Kulturwissenschaftlerin, Autorin, wissenschaftliche Mitarbeiterin und war von 1987 bis 1989 tätig für das Komitee für Unterhaltungskunst der DDR im Beirat Wissenschaft. 1989 bis 1995 arbeitete sie als Mitarbeiterin am Zentrum für Populäre Musik der Humboldt-Universität zu Berlin.

Ab 1995 arbeitete sie in diversen Kulturprojekten und ist seit 2001 Vizevorsitzende der Kulturinitiative 89. Ab 2003 war sie persönliche Mitarbeiterin bei Gabi Zimmer und später Lothar Bisky in dessen Zeit als Vorsitzender der PDS/DIE LINKE, ab 2012 Mitarbeiterin bei der Bundestagsabgeordneten Cornelia Möhring.

Sie ist seit 2015 in Brüssel für die Europaabgeordnete Martina Michels mit den Schwerpunkten Urheberrecht, Kultur- und Kreativsektor, Medienfreiheit sowie Osteuropa/Südkaucasus tätig.

Von wegen Nische: Der Kultur- und Kreativsektor als Problemfeld

In der Kultur wird das Bild vom Kreativen, der von Luft, einer Fangemeinde und einem schlecht verhandelten Urheberrechtsvertrag leben kann, innig gepflegt, selbst von den Kreativen. Doch das ist kaum nachvollziehbar. In Europa dauerte es tatsächlich bis April 2019, um eine der einfachsten Regelungen des amerikanischen Copyrights, die Bestseller-Klausel, in einer Novelle der heißumkämpften EU-Urheberrechts-Richtlinie zu verankern. Endlich ist es einer Musikerin „erlaubt“, die angemessene Bezahlung für ihren zehn Jahre in der Publikumsgunst unbeachteten Song, der plötzlich als Titel einer Vorabendserie durch die Decke geht und auf allen Straßen geträllert wird, neu zu verhandeln. Nachverhandeln konnte sie auch zuvor, allerdings mit geringen Aussichten.

Dass man dies in eine Richtlinie schreiben muss, zeigt allein, wie abgezockt die Rechteeverwertungsindustrie oft mit den Kreativen umgeht, obwohl es die industriellen und kollektiven Rechteeverwerter sind, die ihren gesamten Lobbyismus für ein strengeres Urheberrecht mit allen Mitteln darauf aufbauen, im Namen aller Kreativen zu sprechen und Nutzer*innen generell eine Kostenlos-Download-Mentalität zu unterstellen. Was bei dieser Umarmung und Instrumentalisierung der Kreativen zumeist unterschlagen wird, ist die Tatsache, dass es neben den individuellen Nutzer*innen des weltweiten Kultur- und Wissensaustauschs auch institutionelle Nutzer*innen gibt, die besonders auf Ausnahmen von der Vermarktung von Lizenzen angewiesen sind. Das sind die sogenannten GLAM-Institutionen (Galleries, Libraries, Archives and Museums), die einen großen

Teil der kulturellen Kommunikation zumeist nach Ablauf der umsatzstarken Neuveröffentlichungen im Interesse der Allgemeinheit organisieren. Sie haben Bildungs-, Sammlungs- und Forschungsaufträge. Die gesamte Sphäre eines berechtigten breiten Zugangs zu Kultur und Wissen, zu Bildung und Information im demokratischen öffentlichen Interesse aller wird gern von jenen, die ein strengeres Urheberrecht einfordern, weil sie es zum einzigen Ausweg für die schlechte Bezahlung von Künstler*innen ausrufen, unterschlagen. Die simplen Figuren von Nutzer*innen, die die Arbeit der Kreativen nicht schätzen und deshalb besonders akribisch bei Verstößen gegen das Urheberrecht verfolgt werden müssen, verfangen leider in vielen politischen Lagern. Die komplexen Interessenkonflikte und lang aufgeschobene politische Herausforderungen, wie zum Beispiel ein europaweiter sozialer Rahmen für Selbstständige und Erleichterungen für deren grenzüberschreitende Arbeit, werden mit diesem kurzen Ausweg eines strengeren Urheberrechts nicht bewältigt. Die Corona-Pandemie hat dieses Kapitel noch einmal neu ins Bewusstsein gerückt. Wir brauchen einen breiteren Ansatz, der die gerechte Bezahlung künstlerischer Kreativität sichert, der verlegerische und kunstvermittelnde Tätigkeiten stärker anerkennt, aber auch den berechtigten Anspruch eines unkomplizierten Zugangs zur Kultur nicht aus den Augen verliert.

Kultursektor als Wirtschaftsfaktor

Die Kulturbranche trägt in der Kulturstatistik und in der europäischen Politik inzwischen den stolzen Namen Kultur- und Kreativindustrie (Cultural and Creative Industries – CCI)². Spricht man vom Kultur- und Kreativsektor, dann sind

zugleich viele gemeinnützige und öffentliche Kulturinstitutionen in dieser Systematik miterfasst oder man streitet sich, ob noch Design und Mode, der Kulturtourismus oder ein Teil der Bildungs- und Kulturvermittlungsangebote mit in die Sektoranalysen gehören. Die Kleinteiligkeit der Branche verlangt daher bei jeder Kulturstatistik, etwas genauer in die interne Systematik zu schauen. In einem kurzen Überblick können wir hier nur festhalten, dass die Kulturbranche mehr Beschäftigte als die Auto- oder die Lebensmittelindustrie hat. In der Resolution des Europaparlaments im September 2020³, in der mindestens zwei Prozent der Corona-Hilfen für die Kultur aus dem 750 Mrd. Euro schweren Recovery-Budget der EU-Kommission eingefordert wurden, wurde darauf verwiesen, dass die „europäische Kultur- und Kreativwirtschaft und ihre Sparten rund 4 Prozent zum europäischen Bruttoinlandsprodukt beitragen (das sind 509 Mrd. Euro Wertschöpfung – K. K.) und dass dieser Anteil in etwa jenem der IKT-Branche und des Gastgewerbes entspricht ... 2019 in der EU der 27 (Mitgliedstaaten – K.K.) 7,4 Millionen Menschen im Kulturbereich beschäftigt waren und dass dies einem Anteil von 3,7 Prozent an der Gesamtbeschäftigung in der EU der 27 entspricht“. Wir erfahren auch, dass „der Anteil der selbstständig erwerbstätigen Menschen 2019 im Kulturbereich in der EU der 27 mehr als doppelt so hoch war wie der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt“⁴. Das sind immerhin 32 Prozent Selbstständige gegenüber sonst gesamtwirtschaftlichen 14 Prozent. Auch bei den Bildungsabschlüssen ist diese Branche ungewöhnlich. 59 Prozent haben im Kulturbereich einen Hochschulabschluss, während diese Quote EU-weit in der Gesamtwirtschaft nur bei 34 Prozent liegt.

Obwohl die Umsatzeinbußen in der Kultur- und Kreativbranche für das 2. Quartal 2020 mit 80 Prozent geschätzt wurden, da der Bereich trotz umfangreicher Hygienekonzepte mehrfach komplett in den Shutdown geschickt wurde, hatten die Mitgliedstaaten nicht überall Existenzhilfen entwickelt, die direkt auf die selbstständigen Kulturproduzent*innen zugeschnitten wurden. Deutschland hatte die 700.000 Soloselbstständigen der Branche, die als Kreative durchschnittlich auf ein Einkommen bei den Männern auf 21.069 Euro und bei den Frauen auf 15.634 Euro pro Jahr (!) kommen⁵, de facto mit den Lockdowns bundespolitisch komplett in die Sozialsysteme abgeschoben. Bei den Ländern gab es Gegenkonzepte, die sich jedoch zum Teil schwer nebeneinander installieren ließen, sodass das Damoklesschwert von Rückforderungen der jeweils aktuellen Corona-Hilfen immer real blieb. Sofern Künstler*innen nicht ihre eigenen Rentensparnisse angriffen oder von Partner*innen unterhalten wurden, konnten sie Grundsicherung erhalten, doch sie verloren damit den Anspruch auf die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse. Dieser verheerende Umgang mit Kreativen aus dem Kultursektor im reichen Deutschland blieb europaweit unbemerkt, denn gleichzeitig staunten viele Mitgliedstaaten, dass sich die Bundesregierung mit einem eine Milliarde Euro schweren Hilfsfonds für die kulturelle Infrastruktur in den anderen Mitgliedstaaten feiern ließ. Durch die deutsche Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember 2020 hatten Vertreter*innen der Bundesregierung reichlich Gelegenheit, diesen Infrastrukturfonds außer Haus anzupreisen. Dass dies jedoch zum Zeitpunkt der Verkündung im Sommer 2020 nur 0,77 Prozent aller Corona-Hilfen in Deutschland ausmachte, verschwiegen diese tunlichst, obwohl auch in Deutschland





vier Prozent aller Beschäftigten aus dieser Branche sind und die Infrastrukturförderung komplett an der Existenzsicherung vieler Soloselbstständiger vorbeilief. Das Desaster vieler ausgebliebener Corona-Hilfen für die Kulturbranche blieb der Generalkritik des Feuilletons überlassen. Sascha Lobo titelte nach Monaten der Fassungslosigkeit und kurzer Hoffnung im Herbst dann Anfang Dezember 2020 in seiner Spiegelkolumne entnervt: Der deutsche Staat verachtet Selbstständige und Kreative.⁶ Die politische Opposition der Grünen (Forderung eines Künstlerexistenzgeldes⁷) und der Linken (Forderung nach einem fiktiven Unternehmerlohn⁸) intervenierte schon monatelang gemeinsam mit Kulturverbänden, Initiativen der Veranstalter wie „Alarmstufe Rot“ gegen die Logik der Bundeshilfen, bis heute in weiten Teilen erfolglos. Nachbarländer, wie Österreich, Belgien oder Frankreich, zahlten problemlos Unternehmensersatzlöhne und standen mit diesen Regelungen auch in keinerlei Konflikten zum EU-Beihilferecht, wie in Deutschland oft behauptet wurde. Das EU-Beihilferecht greift ohnehin erst ab 200.000 Euro Zuschuss in drei Jahren, weil man unterhalb dessen nicht von Wettbewerbsverzerrung durch öffentliche Förderung ausgeht. Bei den weiter oben angegebenen niedrigen Durchschnittseinkommen vieler Soloselbstständiger wären diese Grenzen nicht einmal annähernd erreicht worden und eine auf sie zugeschnittene Einkommensersatzleistung hätte die Lebenslagen in der Pandemie sichern können.

Schon im Sommer 2020 begründete der Konzertmanager und Publizist Bertold Seliger ein Kultur-Existenzgeld⁹ (Juli 2020) und legte mit seinen Artikeln „Von Konzertveranstaltern und Schweinezüchtern“¹⁰ und „Wie wirklichkeitsfremd darf Kulturpolitik eigentlich noch sein?“¹¹ im Oktober 2020 als

Interessenvertreter einer kleinteiligen und bunten Branche nach. Doch eine ernsthafte Akzeptanz der Kreativen der Kulturbranche – trotz Corona – als Beschäftigte und Unternehmer*innen scheint auch im Jahr 2021 nicht auf der politischen Tagesordnung zu stehen.

Wir bewegen uns schlicht auf der Stelle und sind im gesellschaftlichen Diskurs über Künstler*innen und deren Arbeit kein Stück weiter, als es Brecht im nun genau 100 Jahre alten Stück „Baal“¹² im Wirtshaus von drei Figuren, die als durchnummerierte Bürger ohne Namen bleiben, ausdiskutieren lässt:

„**1. BÜRGER** Ein Mensch, der nicht arbeitet, ist ein Geschwür an dem gesunden Leib der Gemeinde und muss ausgeschnitten werden.

2. BÜRGER Drückt es so aus: Ein Luxus! Ein Luxus!

1. BÜRGER Es ist doch ganz einfach: Ist er nötig oder nicht? Er ist nicht nötig. Gedichte sind nicht nötig. Ich habe den Quatsch nie gelesen und bin ganz zufrieden, dagegen weiß ich mehr als einen der Hunger leidet – mit Poesie.

3. BÜRGER Das ist die Frage mit dem ‚Genie‘.

1. BÜRGER Das ist nur für das Genie eine Frage. Ja, und wenn: Was meint ihr singt ein Frosch, wenn er ein Genie ist? Von der Pfütze, sage ich euch, macht es so: tut die Kerls in Käfige, gebt ihnen zu saufen und kehrt abends die Gedichte raus wie Exkremente im Tiergarten. Das entspricht auch meinen Forderungen an einen strengen militaristischen Staat.

3. BÜRGER Pst! Leiser! Die hören ja zu!“ (S. 24/25)

Die Kreativen in der Kulturbranche – Outsider seit 200 Jahren?

Wissenschaft, Handwerk, Kunst – viele der darin praktizierten experimentellen, kreativen Tätigkeiten sind zwar inzwischen auch durch Hochtechnologien gestützt, erfordern z. T. aufwendige Laboratorien, doch sie sperren sich dem eigentlichen Prozess der unmittelbaren materiellen Produktion in ihren kapitalistischen Formen, selbst wenn sie in die kapitale Verwertung konsequent eingebunden sind – auch aus der Perspektive der Kreativen – und zwar von Beginn des Frühkapitalismus bis zum heutigen Tag. Die Zeittakte und der betriebliche Horizont des Managements, schlicht, die profanen oder ausgeklügelten Riten des schnellen Geldes und der Profitmacherei sind nur sehr mittelbar verwandt mit Arbeitsprozessen, die jemanden im Kernfusionslabor, an der Leinwand, im Tonstudio, auf der Bühne oder bei der Erfindung eines Impfstoffes bewegen. In diesen kreativen und forschenden Tätigkeiten werden ganze Weltbilder der Natur- und Gesellschaftswissenschaften verarbeitet, kulturelle Auseinandersetzungen kommuniziert, Utopien oder Narrative unseres Zusammenlebens seziert, erschaffen oder zertrümmert. Kreative Arbeit, von der Grundlagenforschung bis zur Malerei, scheint in den schnellen Jahrhunderten der kapitalistischen Vermarktung nie wirklich angekommen, angenommen und anerkannt zu sein, sofern sie sich nicht als erfolversprechend maskiert oder darstellen lässt.

Den angeblich permanent als motivierend oder inhaltlich befreiend angesehenen Tätigkeiten von Drehbuchautorinnen, Gamedesigner*innen, Sänger*innen oder Designer*innen, den



ganz unterschiedlichen Produktionszusammenhängen im Verlagswesen oder den neuen Medien, in der Filmindustrie, in der Modebranche, an Theatern oder in Galerien stehen häufig miese Honorare und unsichere Jobs, was die Absicherung von Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Ruhestand betrifft, gegenüber.

Das ist schlicht schon mehr als 200 Jahre so, als Kunst als freier Produktionszweig erst umfassend entstand und aus höfischen Abhängigkeiten oder alltäglichen Gebrauchszusammenhängen (Schlaflied, Märchen, Jahrmarkt, fahrendes Volk) herauskatapultiert wurde.

Anders als in anderen Branchen werden die Kreativen rund um die Kulturindustrie und ihre verbliebenen, tradierten, öffentlichen Institutionen immer zuerst bei ihrer (intrinsischen) Berufung gepackt. Kulturarbeiter*innen wissen, dass sie sich einer geduldeten Selbstaussbeutung – bei jüngeren oft im dauerhaften Praktikant*innen-Status – befinden und erwarten kaum, dass ihre Ideen, Fähigkeiten und z. T. an Hoch- oder Schreibschulen erlernten Kenntnisse und Fertigkeiten als Voraussetzung einer existenzsichernden Berufsausübung anerkannt und durch entsprechend stabile Vergütungen gewürdigt werden. Viele schwimmen de facto im Strom zwischen kultureller Konfektion, halböffentlichem Engagement und Ausnahmeerscheinung, leben im Alltag kultureller Massenproduktion mit der Hoffnung auf Raum für eigene künstlerische Grundlagenforschung oder überregionalen und Existenzsichernden Erfolg.

Die seltsam harsche und andauernde Ausklammerung von soloselbstständigen Kultur-

produzent*innen aus den Corona-Hilfen in Deutschland, denen in keiner Form ein Art Unternehmer*innen-Ersatzlohn zugestanden wurde, zeigt, dass die Ausbeutung der künstlerischen Kreativen, die eine Vergütung ohne jede Abfederung im Krisenmodus, den es auch jenseits von Corona gibt, gründlich versagt, wenn der Berufszweig de facto stillgelegt wird.

Jeder Ingenieur, jede Chemikerin, die im Auftrag einer Firma gleichsam kreative Leistungen abliefern, betriebsgestützte Forschungen und angewandte Ideen produktionsfähig macht, konnte sich während der Pandemie sicher sein, zumindest Kurzarbeitergeld zu bekommen, sofern sie nicht ohnehin einfach weiter arbeiten konnten. Doch Kulturproduzenten, die wegen des Lockdowns in der Pandemie nicht auftreten, vorproduzieren oder sich anderweitig vermarkten konnten und können, wurden in Deutschland kurzerhand abserviert und nicht mehr als unternehmerische Wirtschaftssubjekte angesehen. Sie hatten für den Infektionsschutz nicht nur ein Berufsverbot, sie hatten auch noch die Aberkennung ihrer Professionen hinzunehmen.

Das kann nicht die Lösung sein, um Kreative besser zu bezahlen. Hier braucht es, wie auch Corona noch einmal zeigte, eine umfassende Eingliederung von Soloselbstständigen in soziale Sicherungssysteme wie die Arbeitslosenversicherung, ihre gleichzeitige Anerkennung als Unternehmer*innen in Situationen wie einer Pandemie, in die bei wirtschaftlicher Erholung massiv investiert werden muss, statt eine ganze Branche auszutrocknen. Weiterhin sind Flatrates im Netz, Projektförderungen, Stipendienprogramme, Mindesthonorare, umfangreiche Kulturfinanzierung

gen in einer Art und Weise weiter zu entwickeln, dass Arbeitsmöglichkeiten für Künstler*innen langfristig gesichert sind. Weiterhin muss es Lösungen für die Berufsgruppen der Branche geben, die nicht als Kreative in der Berufssystematik erfasst werden. Die Ankleiderin, der Tontechniker, das spezielle Catering am Filmset dürfen bei geeigneten Lösungen ihrer Einkommenssicherung im Falle von Krisensituationen wie der Pandemie nicht hinten runterfallen.



Erstaunlicherweise ist das Europaparlament hier in der Debatte ziemlich weit gekommen, wie die Zwei-Prozent-Forderung aus den großen Recovery-Fonds für die Kultur, die Öffnung des EU-Beschäftigten-Corona-Unterstützungsprogramms SURE für Selbstständige und ein aktueller Bericht zur Lage der Kulturproduzenten zeigen (der hier in der Broschüre von Alexis Georgoulis vorgestellt wird).

Doch umsetzen müssen dies die Mitgliedstaaten, also reicht es nicht, diese Debatten nur in Brüssel auszudiskutieren.

1 Der Beitrag ist eine überarbeitete und stark gekürzte Auskopplung aus dem Essay der Autorin: „Ausfahrt: Urheberrecht? Kreatives Arbeiten zwischen Mythos und Ausgrenzung“, erschienen in der dritten Ausgabe des Grenzgängerin-Magazins im Frühjahr 2021, S. 56 – 69, <https://grenzgaengerin.eu/grenzgaengerin-kapitalismen/#PDF>

2 https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2016-0486_DE.html

3 https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2020-0246_DE.html

4 https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Culture_statistics_-_cultural_employment%252523Self-employment

5 <https://www.kuenstlersozialkasse.de/service/ksk-in-zahlen.html>

6 <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/corona-hilfen-der-deutsche-staat-verachtet-selbststaendige-kolumne-a-49d0ce81-8b0b-4ee7-ada1-5a6f38382ea9>

7 <https://www.gruene-bundestag.de/themen/corona-krise/1200-euro-existenzgeld-fuer-kuenstler-in-not>

8 <https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/stillstand-fuer-solo-selbststaendige-linke-fordert-fiktiven-unternehmer-lohn-rueckwirkend-ab-maerz/>

9 <https://www.heise.de/tp/features/Fuer-ein-prinzipielles-Kultur-Existenzgeld-4845896.html>

10 <https://www.heise.de/tp/features/Von-Konzertveranstaltern-und-Schweinezuechtern-4922637.html>

11 <https://www.heise.de/tp/features/Wie-wirklichkeitsfremd-darf-Kulturpolitik-eigentlich-noch-sein-4922635.html>

12 <https://www.suhrkamp.de/buch/bertolt-brecht-baal-t-9783518101704>



Impressum:

Herausgegeben von der Delegation DIE LINKE im Europaparlament
Fraktion THE LEFT im Europaparlament (GUE/NGL)

THE LEFT
<https://left.eu>

V.i.S.d.P.: Martina Michels, MdEP
www.dielinke-europa.eu
www.martina-michels.de

Büro Brüssel
Europäisches Parlament
ASP 02G340
60, rue Wiertz/Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel.: +32 228 45834
Fax: +32 228 49834
martina.michels@ep.europa.eu

Idee, Konzept, Umsetzung: Martina Michels, KP Flügel, Konstanze Kriese
Redaktion: Jörg Bochmann, Konstanze Kriese
Alle Fotos (außer Autorenfotos): KP Flügel aus der Serie „Form – Struktur – Perspektive“
Foto- und Rechtenachweise der Autorinnen- und Autorenfotos sind angegeben.
Druck: SunPrint/Sun Copy GmbH
Gestaltung, Layout, Satz: Jane Dulfaqar
Redaktionsschluss: November 2021
Auflage: 300 Exemplare



UNTER NULL von Martina Michels ist lizenziert unter
einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

Für mich ist die Veröffentlichung dieser Publikation Auftrag und Chance, die Sicherung der Arbeit von Kulturproduzenten in der politischen Debatte zu behalten, die konkreten politischen Schritte, die vor allem auch in den Mitgliedstaaten und den Regionen und Kommunen gegangen werden müssen, mit meinen Kolleginnen und Kollegen, zum Beispiel in Berlin, Madrid, Athen oder Brüssel fortzusetzen und vor allem das Zuhören und den Kontakt zu den Kulturproduzenten produktiv zu gestalten, auch jenseits des Plenarsaals. Immerhin gibt es genug offene Fragen, ganz oben die Umsetzung eines Europäischen Rahmens der sozialen Sicherung von Kulturproduzentinnen und -produzenten. Immerhin ist die bittere Erfahrung „Ohne Kunst wird's still“ gerade allen offenbar. Nutzen wir diesen Moment.

Martina Michels, MdEP, November 2021

„This is not a love song“ war natürlich mein geheimer Favorit für den Titel dieser Publikation, schon weil in meiner Radiosendung Gespräch und Musik zusammenkommen und weil es so treffend auf die Lage der Kulturproduzentinnen und -produzenten seit der Corona-Pandemie passte, zu denen ich ja selbst gehöre. Wie geht es eigentlich weiter, wenn, wie Julischka Eichel im Interview feststellen musste, angesichts der Theater-Schließungen kaum Unterstützungsmöglichkeiten für Schauspielerinnen herauskommen: „Wir sind gerade nicht existent“?

Andererseits war ich auch immer neugierig, was die Corona-Pandemie mit den künstlerischen Ideen macht. Wie Kulturproduzentinnen und -produzenten sowie deren Verbündete in Gewerkschaften oder Politik selbst eingreifen würden? Oder hätten sie nicht schon längst ihre eigene Partei gründen sollen, wie es der Drehbuchautor, Hochschullehrer und Musiker Xaõ Seffcheque überraschend vorschlug?

Vielleicht sind die von den Interviewten geschilderten Stimmungsbilder, Kritiken und Forderungen geeignet, über den reinen Dokumentationscharakter hinaus in der sicherlich im Verlauf der Pandemie notwendigerweise zu führenden Diskussion Anregungen produktiv werden zu lassen, um bei den nächsten Wellen nicht unterzugehen.

KP Flügel, November 2021

Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner im Funk und in dieser Publikation:

Alexis Georgoulis, Schauspieler und Europaabgeordneter – Julischka Eichel, Schauspielerin – Britta Jürs, Verlegerin – Christian Morin, Musik-Kurator – Jörg Sundermeier, Verleger – Xaõ Seffcheque, Drehbuchautor, Musiker und Hochschullehrer – Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates – Veronika Mirschel, ver.di/Referat Selbstständige – Antonia Blau, Goethe-Institut Madrid und Sina Lebert, Goethe-Institut Brüssel als Co-Autorinnen der Studie „Cultural and creative sectors in post-COVID-19 Europe – crisis effects and policy recommendations“, 2021 (erarbeitet für den Kulturausschuss des Europäischen Parlaments)